Nr. 84. – 33. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Sonnabend, den 25. März 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Eine eigene Fraktion der sozialdemokratischen Minderheit.

Die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Daß sich innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Stellung zu den Kriegsfragen tiefgehende Meinungsverschiedenheiten aufgetan hatten, ist seit vielen Monaten ein öffentliches Geheimnis. Sie begannen mit der Abstimmung über die Kriegskredite, gegen die — damals erst innerhalb der Fraktion selbst — bereits bei Kriegsausbruch sich 14 Genossen erklärt hatten. Je länger der Krieg dauerte, je markanter sich innerhalb der Kreise der Fraktionsmehrheit eine immer deutlichere Abkehr von dem bisherigen sozialdemokratischen Standpunkt vollzog, je rückhaltsloser sich zahlreiche Abgeordnete für die Politik des Durchhaltens und des Burgfriedens einsetzten, desto mehr erstarkte innerlich und an Zahl auch die Fraktionsminderheit, desto schwieriger gestalteten sich die Verhältnisse des Zusammenarbeitens in der fraktionellen Arbeitsgemeinschaft.

Die Fraktionsminderheit wuchs von Parlamentstagung zu Parlamentstagung. Zwar ergaben sich auch innerhalb dieser wachsenden Minorität wiederum taktische und prinzipielle Meinungsverschiedenheiten, allein die Zahl derer, die die Zustimmung zu den Kriegskrediten nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten, schwoll unausgesetzt an, bis sie bereits im Dezember vorigen Jahres 44 Abgeordnete umfaßte. Und die Bekundung dieser Opposition nahm in gleicher Weise deutlichere Formen an. Man begnügte sich nicht mehr mit der Bekanntgabe der Fraktionsabstimmung und dem bloßen Hinausgehen, sondern am 21. Dezember gaben 20 Abgeordnete im Plenum des Reichstags selbst die motivierte Erklärung ab, gegen den mit den Kriegskrediten verbundenen Etat stimmen zu müssen.

Die Begleiterscheinungen dieser Vorgänge in der Parteipresse und im Leben der Parteiorganisationen sind bekannt. In der lebhaftesten Form wurde für und wider die „Disziplinbrecher" Stellung genommen, wurde deren Verhalten gebilligt oder auch in der härtesten Weise verurteilt.

Die der Fraktionsminderheit, speziell der Gruppe der 20, angehörenden Reichstagsabgeordneten kamen dabei immer mehr in eine schiefe und mißliche Lage. Sie sahen sich den schärfsten Angriffen ausgesetzt, ohne — unter den bekannten Umständen — in der Presse oder sonst öffentlich ihren Standpunkt so deutlich entwickeln zu können, wie das die Abwehr und eine ausreichende Rechenschaftsablegung den Parteigenossen gegenüber geboten hätte. Immer dringlicher stellte sich für die Fraktionsminderheit die Notwendigkeit heraus, wenigstens an der einzigen Stelle, wo wenigstens zeitweilig Gelegenheit zur freien Aussprache gegeben war, von der Parlamentstribüne selbst herab, ihre Auffassungen darlegen zu können. Die Fraktionsmehrheit hielt es dagegen für notwendig, die Redner zur allgemeinen Etatsdebatte aus ihren eigenen Reihen zu stellen. So blieb der Minderheit schließlich nichts anderes übrig, als endlich die Gelegenheit zu ergreifen, auch ohne Genehmigung der Mehrheit ihre Stellung darzulegen, wie das in der Freitagsitzung des Reichstags geschehen sollte.

Daß die Genossen der Minderheit, in deren Namen Genosse Haase am Freitag sprach, der Fraktion selbst nicht vorher ihre Absicht bekanntgegeben hatten, sondern erst kurz vor der Sitzung davon den Vorsitzenden der Fraktion, den Genossen Scheidemann, verständigten, hat zwar die stürmische Entrüstung der Fraktionsmehrheit hervorgerufen, will uns aber von geringem Belang erscheinen. Daß bei der Minderheit der dringende Wunsch zu einer solchen Aussprache im Parlament bestand, war der Mehrheit gut genug bekannt. Sie konnte gar nicht im Zweifel darüber sein, daß die Minderheit ebenso wie am 21. Dezember handeln würde. Uebrigens durfte die Minderheit hinlängliche Ursache zu der Annahme haben, daß man ihr bei vorhergegangener formeller Ankündigung ihre Absicht zu vereiteln suchen werde.

Sicherlich nicht bloß aus dem Machtgefühl der Majorität, sondern aus der gutgemeinten Absicht heraus, daß das Aussprechen der von der Minderheit vertretenen Auffassung und überhaupt eine Aufrollung innerhalb der Fraktion vorhandenen Meinungsgegensätze eine politisch schädigende Wirkung ausüben werde. Darin eben bestanden Kern und Bedeutung der Meinungsgegensätze, und gerade deshalb hielt es ja auch die Minderheit für absolut geboten, endlich das Schweigen zu brechen und sich nicht zum Mitschuldigen einer Politik des Geschehenlassens zu machen, von der sie, die Minderheit, ihrerseits die schwerste Schädigung der Volksinteressen befürchtete.

Auffassung stand hier gegen Auffassung — und als der einzige Richter über Recht oder Unrecht kam die Oeffentlichkeit in Frage, die sozialdemokratische Masse selbst, das geschichtliche Urteil.

Mit erneutem Geschrei über Disziplinbruch oder gar „Treubruch" ist deshalb auch nichts getan. Die Mehrheit hat sicherlich das Gefühl, alle Verantwortung für ihr Verhalten auf sich nehmen zu können — aber genau dasselbe Gefühl höchster parteigeschichtlicher und historischer Verantwortlichkeit beseelte zweifellos auch die Minderheit.

So können wir, die wir bekanntlich seit Kriegsausbruch die politischen Auffassungen der Minderheit vertreten haben, auch die geschehenen Ereignisse nicht bedauern, sondern nur die minder erbaulichen Begleitumstände der gestrigen Vorgänge. Denn die Sturmszenen, die sich in der denkwürdigen Reichstagssitzung abgespielt haben, und an denen sich besonders die Mehrheit der Fraktion in fesselloseſter Weise beteiligt hat, hätten, soweit die sozialdemokratische Fraktion selbst in Frage kam, sehr wohl vermieden werden können. Denn hätte die Minderheit der preußischen Landtagsfraktion das Bedürfnis empfunden, im Abgeordnetenhause ihren Standpunkt durch einen ihrer Redner zu vertreten, so würde die dortige Mehrheit diese Rede schwerlich zum Anlaß so turbulenter Kundgebungen genommen haben.

Aber darüber muß und wird die Gesamtpartei später richten. Uns liegt in diesem Augenblick nicht eine moralische Beurteilung der Vorgänge, sondern ihre parteipolitische Wertung ob.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in einer an die Plenarverhandlungen sich anschließenden Sitzung die zu Haase stehende Minderheit von den Rechten der Fraktion ausgeschlossen. Die 18 Köpfe starke Minderheit hat sich daraufhin als besondere sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft konstituiert.

Innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich damit jene Spaltung auch äußerlich vollzogen, die innerlich längst vorhanden war. Es ist damit das eingetreten, was nach der Tiefe der Meinungsgegensätze und vollends nach den Szenen des gestrigen Tages unvermeidlich war. Mehrheit und Minderheit werden nunmehr ungehemmt durch die bisherigen Reibungen ihre besonderen Auffassungen vertreten können. Die Parteitage der Zukunft und die Geschichte aber werden zu entscheiden haben, welche Gruppe die Gebote der Zeit und die Pflichten des Proletariats richtiger erkannt hat — Mehrheit oder Minderheit.

An eine Parteispaltung glauben wir heute so wenig wie nach den Vorgängen des 21. Dezember. Die Parteieinheit erwächst aus der geschichtlichen Notwendigkeit des proletarischen Kampfes und der unverwüstlichen Kraft der sozialistischen Ideen, die alle auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze stehenden Elemente mit unwiderstehlicher Kraft wieder zusammenschließen wird, sobald die Irren und Wirren dieser Kriegszeit überwunden sein werden.

Die kraftvolle organisatorische und ideelle Einheit der Partei wird aber um so eher zurückkehren, je rascher sich die Klärung der Geister zu vollziehen vermag. Sache aller in Wahrheit um die innere Einheit und die kraftvolle Wahrung der Lebensinteressen besorgten Elemente aber wird es jetzt mehr denn je sein, alles die politischen Kernfragen und deren Erörterung überwuchernde kleinliche Gezänk herniederzuhalten und die Meinungsgegensätze in unbeirrtem Erkenntnisdrang gewissenhaft zu prüfen!

* * *

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 24. März 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Champagne an der Straße Somme—Py—Sonain, in den Argonnen im Maasgebiet und bis zur Mosel hin steigerte sich die Heftigkeit der Artilleriekämpfe zeitweise erheblich. Westlich von Hancourt besetzten wir in Auswertung des vorgestrigen Erfolges noch einige Gräben, wobei sich die Zahl der Gefangenen auf 32 Offiziere 879 Mann erhöhte.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Während sich die Russen nur zu einem starken Vorstoß im Brückenkopf von Jakobstadt östlich von Buschhof aufrafften, unternahmen sie nachts wiederholte Angriffe nördlich der Bahn Mitau—Jakobstadt, sowie einen Ueberrumpelungsversuch südwestlich von Dünaburg und mühen sich in ununterbrochenem Ansturm gegen unsere Front nördlich von Widsy ab. Alle ihre Angriffe sind in unserem Feuer spätestens am Hindernis unter schwerer Einbuße an Leuten zusammengebrochen. Weiter südlich sind keine neuen Angriffe erfolgt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

In der Gegend von Gjevgjeli kam es beiderseits des Vardar in den letzten Tagen mehrfach zu Artilleriekämpfen ohne besondere Bedeutung. Aus einem feindlichen Fliegergeschwader, das Colovec westlich des Dojran-Sees angegriffen hatte, wurde ein Flugzeug im Luftkampf abgeschossen; es stürzte in den See.

Oberste Heeresleitung.

*

Ein Seegefecht in der Nordsee.

Amtlich. Berlin, 24. März 1916. (W. T. B.)

Nachrichten zufolge, die von verschiedenen Stellen hierher gelangt und neuerdings bestätigt sind, hat am 29. Februar in der nördlichen Nordsee zwischen dem deutschen Hilfskreuzer „Greif" und drei englischen Kreuzern sowie einem Zerstörer ein Gefecht stattgefunden. S. M. S. „Greif" hat im Laufe dieses Gefechts einen großen englischen Kreuzer von etwa 15 000 Tonnen durch Torpedoschuß zum Sinken gebracht und sich zum Schluß selbst in die Luft gesprengt. — Von der Besatzung des Schiffes sind etwa 150 Mann in englische Kriegsgefangenschaft geraten, deren Namen noch nicht bekannt sind. Sie werden von den Engländern, die über den ganzen Vorfall das strengste Stillschweigen beobachten, von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschlossen. Maßnahmen hiergegen sind eingeleitet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

* * *

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 24. März. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der Feind beschoß die Städte Görz und Rovereto. Sonst keine Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Erklärung der neuen Fraktion.

Die unterzeichneten sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstags erklären folgendes:

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat uns heute mit 58 gegen 33 Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, der „aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte" beraubt. Dieser Beschluß macht es uns unmöglich, innerhalb der Fraktion auch ferner die Pflichten zu erfüllen, die uns durch die Wahl als Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei auferlegt sind. Wir sind uns bewußt, getreu den Grundsätzen der Partei und den Beschlüssen der Parteitage gehandelt zu haben. Um so die Pflichten gegenüber unseren Wählern auch weiter erfüllen zu können, sind wir genötigt, uns zu einer **Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft** zusammenzuschließen.

Den völlig unbegründeten Vorwurf des Disziplinbruchs und des Treubruchs weisen wir zurück.

Berlin, den 24. März 1916.

Bernstein, Bock, Büchner, Dr. Oscar Cohn, Dittmann, Geyer, Haase, Henke, Dr. Herzfeldt, Horn, Kunert, Ledebour, Schwarz (Lübeck), Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm, Zubeil.

Diese 18 Genossen haben von der Bildung der Fraktion „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft" dem Bureau des Reichstags Mitteilung gemacht und als ihren Vorstand die Genossen Haase, Ledebour und Dittmann gewählt.

Die Vorgänge im Reichstage.

Aus dem Reichstage wird uns über den Verlauf der gestrigen Sitzung geschrieben:

Zu Sturmszenen, wie sie im Reichstag wohl noch nie erlebt worden sind, ebenso leidenschaftlich als beschämend und beklagenswert, kam es am Freitag bei der ersten Beratung des Notetatsgesetzes. Alle Tiefen des unheilvollen Parteikonflikts schienen aufgewühlt, alle Gegensätze fanden in einem unerhörten Tumult ihre schrankenlose Entfesselung.

Während die Mehrheit der Fraktion den Notetat mit einer kurzen Erklärung bewilligen wollte, war Genosse Haase im Einverständnis mit seinen Minderheitsfreunden entschlossen, ihre ablehnende Haltung durch eine Rede zu begründen. Die Mehrheit nahm sofort gegen Haases Absicht Stellung in Auftritten und Wutausbrüchen, die jeder Beschreibung spotten. Schon vor Beginn der Sitzung bildeten sich erregte Gruppen, Haases Platz war förmlich umlagert von gestikulierenden, drohenden, durcheinanderschreienden Vertretern der Mehrheit, und wiederholt mußte der Präsident für den ersten Punkt der Tagesordnung um Ruhe ersuchen. Als Haase fest blieb und schließlich das Wort nahm, kam die Erregung zunächst in Zurufen, bald aber in einem ohrenbetäubenden Chorus des Protestes und der Demonstration zum Ausdruck. Das Haus, längst auf die Gewitterspannung aufmerksam geworden, ergriff sofort Partei im Bruderkriege zugunsten der Mehrheit, deren Haltung durch lungenkräftige Ermunterung, Heiterkeit, Geschrei und Händeklatschen lebhaft stützend. Besonders Keil und Heine wurden für ihre Leistungen ostentativ von der rechten Seite applaudiert. Minutenlang war im Saale, weil alles durcheinanderlobte, überhaupt kein Wort zu verstehen; minutenlang bemühte sich Herr Kaempf mit drohender Glocke vergeblich um Ordnung und Ruhe. Haase, der wiederholt versuchte, seine Rede fortzusetzen, wurde unausgesetzt zur Sache gerufen, von der Mehrheit unterbrochen, von der Rechten am Weiterreden verhindert und schließlich durch einen Gewaltakt mundtot gemacht. Vorübergehend trat Windstille ein, bis Schatzsekretär Helfferich durch einen Tadel, den er der Opposition ausstellen zu müssen glaubte, erneut Oel ins Feuer goß, so daß dies noch einmal lichterloh aufschlug und den letzten kümmerlichen Rest der Würde dieses Hauses hinwegfegte.

In erster, und nach zwei Stunden auch in zweiter und dritter Lesung wurde das Notetatsgesetz gegen eine starke sozialdemokratische Minderheit angenommen.

* * *

Zu den vorstehend berührten Vorgängen wird uns noch geschrieben: Ein Spiegelbild des Verhaltens der Fraktionsmehrheit in der Fraktion lieferte die heutige Plenarsitzung des Reichstags, in der eine große Zahl während der Rede des Genossen Haase lärmte und schimpfte und nach dem Beifall der bürgerlichen Parteien haschte, obwohl ihr der Inhalt der Haaseschen Rede nicht den geringsten Anlaß dazu bot. Wir möchten wenigstens den Sozialdemokraten sehen, der an dem Inhalt dieser Rede Anstoß nehmen könnte. Den Gipfelpunkt der Intoleranz, wie sie übrigens innerhalb der Fraktion ähnlich seit 1½ Jahren von der Mehrheit geübt wird, erreichten einige Genossen bei dem Antrag des Präsidenten, dem Genossen Haase das Wort zu entziehen. Während es bisher als selbstverständlicher Grundsatz für sozialdemokratische Abgeordnete galt, niemals für eine Wortentziehung zu stimmen, auch wenn sie irgendeinem bürgerlichen Gegner galt, erhoben sich heute für den Antrag des Präsidenten auf Wortentziehung mehrere Sozialdemokraten, z. B. die Genossen Cohen (Reuß), Südekum, Grabnauer und Bauer. Zur Beurteilung der Verhältnisse in der Fraktion sei darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Mehrheit in Widerspruch zu der ständig früher geübten Praxis für wichtige Debatten übere politische Fragen die Minderheit trotz des von dieser gestellten Verlangens, einen Redner aus ihrer Mitte zu nehmen, wiederum ausgeschaltet hatte.

Es bestand also die wohlvorbereitete Absicht der Fraktionsmehrheit, die Minderheit auch im Plenum mundtot zu machen, damit die neue Politik, die Politik des 4. August, in allen ihren Konsequenzen ausschließlich zur Geltung komme. Die Hilflosigkeit der Mehrheit, Grundsätze zu vertreten, zeigte sich auch darin, daß Genosse Scheidemann es nicht verschmähte, um den Schein zu erwecken, als ob Genosse Haase am 4. August eine andere Haltung eingenommen habe als heute, trotz genauer Kenntnis des Sachverhalts unter Heiterkeit und stürmischem Beifall der bürgerlichen Parteien, anzuführen, daß Genosse Haase die Erklärung vom 4. August ja selbst verlesen habe. Tatsache ist, daß Haase vom 4. August 1914 bis heute in der Fraktion konsequent dieselbe Ansicht zum Ausdruck gebracht hat und daß er ferner die Fraktionserklärung nur auf dringendes Verlangen der Fraktionsmehrheit, und namentlich Scheidemanns, verlesen hat, wiewohl er mit ihrem Inhalt nicht einverstanden war und deshalb ausdrücklich darauf verwies, daß er im Auftrag der Fraktion die Verlesung vornehme.

In der gegen den Genossen Haase gerichteten Erklärung der Fraktionsmehrheit ist zu Unrecht behauptet, es sei in der Fraktion der Beschluß gefaßt, von einer politischen Debatte Abstand zu nehmen. Es ist lediglich beschlossen, keinen Widerspruch gegen die Vornahme der dritten Lesung des Etatsgesetzes noch am heutigen Tage zu erheben. Hierbei machte noch der Genosse Ledebour den Vorbehalt: „wenn sich nichts Besonderes ereigne". In der Fraktionssitzung wurde vom Genossen Haase mit großem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Zustimmung zum Etatsnotgesetz einen Bruch mit den Parteitagsbeschlüssen darstellen würde, den die Parteigenossen nicht verstehen würden und den er nicht mitmachen könne. Wie aus der vom Genossen Stolle in der heutigen Fraktionssitzung abgegebenen Erklärung hervorgeht, mußte auch ohne weitere Bemerkungen angenommen werden, daß die 18 Fraktionskollegen, die am 21. Dezember die Ablehnung des Kriegskredits begründet hatten, nach den dann in der Fraktion gepflogenen Erörterungen konsequent wiederum ihre ablehnende Stellung zum Etat auch im Plenum begründen würden, um die Treue den Beschlüssen des Parteitages, der obersten Instanz der Partei, zu wahren. Wenn die Brecher der Disziplin gegenüber den Beschlüssen der Parteitage von „Disziplinbruch und Treubruch" der anderen zu reden wagen, so erinnert das an den Dieb, der „Haltet den Dieb!" ruft.

Aus der letzten Reichstags-Fraktionssitzung.

Zur Information der Parteigenossen teilt der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion durch das Pressebureau den Wortlaut der Ausführungen mit, die Genosse Ebert in der Fraktionssitzung am Freitag, den 24. März, nachmittags, über die Vorgänge in der Reichstagssitzung gemacht hat:

„In unseren letzten Sitzungen haben wir uns wiederholt sehr eingehend über die allgemeine politische Debatte unterhalten, die im Plenum stattfinden sollte. Wir waren uns über die sachliche und formale Behandlung einig. Danach sollte die politische Debatte getrennt werden von der Aussprache über die Steuervorlagen. Heute morgen waren wir uns dahin schlüssig, im Seniorenkonvent zu fordern, daß nach Erledigung der U-Bootfrage und des Etats des Auswärtigen Amtes in der Haushaltskommission eine politische Debatte im Plenum stattfinden solle. Wir haben diesen Vorschlag im Seniorenkonvent unterbreitet, der ihm noch vor Beginn der Reichstagssitzung zugestimmt hat. Weder Geyer noch Ledebour, die beiden Mitglieder des Seniorenkonvents, haben auch nur ein Wort dagegen gesagt. Sie waren also mit dieser Regelung einverstanden. Heute morgen haben wir weiter in der Fraktion über unsere Stellung zum Notetat verhandelt. Die darüber bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind durch Abstimmung erledigt worden. Wegen der formalen Erledigung des Etats wurde einstimmig beschlossen, seiner Verabschiedung am heutigen Sitzungstage keine Hindernisse zu bereiten. Sollte etwas Unvorhergesehenes sich ereignen, dann solle der Vorstand unter sich, eventuell mit der Fraktion, beraten, was geschehen solle. Die Fraktion hat das ohne Widerspruch gutgeheißen. Niemand, weder Haase noch andere Genossen, haben auch nur mit einem Wort angedeutet, daß im Plenum zum Notetat geredet werden solle. Erst im Sitzungssaale hat Haase, und zwar im letzten Augenblick, unmittelbar vor Eröffnung der Verhandlungen, als er mit einer wohlvorbereiteten Rede bereit stand, dem Vorstand mitgeteilt, daß er reden werde."

Der Vorsitzende stellte fest, daß dieser Darstellung nicht widersprochen wird.

Es fand dann eine Aussprache über die vom Vorstand der Fraktion vorgelegte Erklärung statt. In namentlicher Abstimmung wurde diese Erklärung mit 58 gegen 33 Stimmen angenommen. Der Stimme enthielten sich 4, es fehlten 12 Genossen.

Die

Erklärung

hat folgenden Wortlaut:

„Die Fraktion bedauert lebhaft die Vorgänge, die sich innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft in der heutigen Reichstagssitzung zugetragen haben.

In ihrer Fraktionssitzung am Vormittag wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, eine allgemeine politische Debatte im Plenum, nach der Behandlung des Etats des Auswärtigen Amts in der Budgetkommission, zu führen — ein Beschluß, dem noch vor Beginn der Plenarsitzung der Seniorenkonvent widerspruchslos zugestimmt hat. Hinsichtlich der Behandlung des Notetats hatte die Fraktion in der gleichen Sitzung beschlossen, im Hinblick auf jene in Aussicht stehenden politischen Erörterungen nach altem Herkommen heute von einer politischen Debatte Abstand zu nehmen.

In dieser Fraktionssitzung ist Haase mehrmals ausführlich zu Wort gekommen, um seine Auffassung zum Notgesetz zu begründen. Nachdem die Fraktion in ihrer Mehrheit gegen diese Auffassung entschieden hatte, hat Haase auch nicht die leiseste Andeutung gemacht, daß er gegen diese Fraktionsbeschlüsse im Plenum vorgehen werde. Dadurch wird sein Disziplinbruch zugleich zum Treubruch. Nachdem die Fraktion bereits am 12. Januar die damalige Sonderaktion aufs schärfste gerügt hatte, sieht sie sich nunmehr gezwungen, zu erklären, daß Haase und diejenigen Fraktionsmitglieder, welche die gemeinsam gefaßten Beschlüsse gröblich mißachten und öffentlich durchkreuzen, dadurch die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verwirkt haben."

* * *

Zu der Fraktionssitzung gehen uns noch mehrere Mitteilungen mit der Bitte um Aufnahme zu.

Erklärung des Genossen Stolle.

In der Fraktionssitzung gab am Freitag der Genosse Stolle nach den Ausführungen des Genossen Ebert in seinem Namen und namens der Genossen Bock, Büchner, Dr. Oskar Cohn, Dittmann, Geyer, Henke, Dr. Herzfeld, Horn, Kunert, Ledebour, Schwarz-Lübeck, Stadthagen, Vogtherr, Wurm, Zubeil folgende Erklärung ab:

Namens meiner engeren Freunde erkläre ich folgendes: Der Kollege Haase hat mit unser aller Zustimmung seine heutige Rede gehalten, hat auch mit unserer Zustimmung in der Fraktionssitzung die ausdrückliche Ankündigung, reden zu wollen, unterlassen. Daß Haase unsere von der Meinung der Fraktionsmehrheit abweichende Auffassung im Plenum des Reichstags zum Ausdruck gebracht hat, war die notwendige und für alle Fraktionskollegen selbstverständliche Folgerung aus unserm Vorgehen vom 1. Dezember 1915.

Genosse Bernstein ersucht uns um Mitteilung, daß er sich angesichts des Fraktionsbeschlusses mit den Vorgenannten solidarisch erklärt.

*

Endlich erhalten wir noch folgende

Erklärung:

Die Unterzeichneten erklären zu den letzten Vorgängen in der Fraktion und im Reichstage:

1. Daß sie in der Fraktion gegen die Zustimmung zum Notetat gestimmt haben.
2. Daß sie im Plenum des Reichstages bei der Abstimmung über das Notgesetz, entsprechend dem bisherigen Brauch in der Fraktion, ihre Gegnerschaft gegen die Vorlage durch Verlassen des Saales zum Ausdruck gebracht haben.
3. Daß sie in der Fraktion gegen die Maßregelung der 18 Genossen, die in ihrer Wirkung einem Ausschlusse gleichkommt, gestimmt haben, insbesondere deshalb, weil sie der Fraktion das Recht nicht zugestehen, ein Parteimitglied von der Fraktionsgemeinschaft auszuschließen. Ein solches Recht steht einzig dem Parteitage zu.

Albrecht, Antrick, Emmel, Edmund Fischer, Hoch, Hofrichter, Hüttmann, Jäckel, Leutert, Raute, P. Reißhaus, Ryssel, Schmidt (Meißen), J. Simon.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 24. März. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Donnerstag nachmittag: Westlich der Maas hat das Artilleriefeuer im Laufe der Nacht nachgelassen. Der Feind hat seine Versuche gegen den kleinen Hügel von Haucourt, dessen Kernwerk (Reduit) wir halten, nicht erneuert. Oestlich der Maas geht die Beschießung an mehreren Punkten unserer Front mit Heftigkeit weiter. In der Woevre ist, abgesehen von zeitweise unterbrochenem Artilleriefeuer, kein wichtiges Ereignis zu melden. Westlich von Pont-a-Mousson gestattete uns ein Handstreich gegen einen feindlichen Schützengraben in der Gegend von Fey en Haye einige Gefangene zu machen. Die Nacht verlief auf dem übrigen Teil der Front ruhig.

Paris, 24. März. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Donnerstag abend. Nördlich der Aisne Zerstörungsfeuer auf die deutschen Werke auf der Hochfläche von Vauclerc. In den Argonnen unterhielten wir zahlreiche Konzentrierungsfeuer auf die feindlichen Anlagen, Straßen und Eisenbahnen der Ostargonnen und auf den Wald von Malancourt. Westlich der Maas kräftiges Geschützfeuer in der Gegend von Malancourt und an unserer Front Bethincourt—Toter Mann—Cumieres. Oestlich der Maas und in der Woevre hat der Artilleriekampf eine gewisse Heftigkeit angenommen. Infanterieunternehmungen fanden im Laufe des Tages nicht statt. In den Vogesen beschossen wir feindliche Lager in der Umgebung von Mühlbach.

Belgischer Bericht: Auf dem größten Teil der belgischen Front war die beiderseitige Artillerietätigkeit normal. Nördlich von Steenstraate indessen nahm der Artilleriekampf im Laufe des 23. ungewöhnliche Heftigkeit an. Wir bekämpften die feindlichen Batterien überall wirksam.

Die englische Meldung.

London, 24. März. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom Donnerstag. Bei erfolgreichen Streifzügen gegen die feindlichen Schützengräben in der Gegend von Gommecourt, Bethune und der Straße von La Bassée wurde ein Gefangener eingebracht. Drei Unterstände der Deutschen wurden durch Bomben in die Luft gesprengt. Der Feind ließ östlich von Arras eine kleine Mine sowie zwei Minen nordöstlich von Neuvechapelle springen, durch die unsere Schützengräben leicht beschädigt wurden. Ein Handgranatenangriff nördlich von Arras wurde abgeschlagen. Artillerietätigkeit bei Fricourt, Gommecourt, Souchez, der Hohenzollernschanze und bei Ypern. An einer Stelle wurde eine starke Explosion in den feindlichen Linien hervorgerufen.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 24. März. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom 23. März 1916. Westfront: In der Gegend von Riga entwickelt sich der Kampf weiter. Im Abschnitt von Jakobstadt durchbrachen unsere Truppen feindliche Verteidigungseinrichtungen und nutzten ihren gestrigen Erfolg aus. Unsere Artillerie nördlich Dünaburg zerstreute mit Erfolg die Deutschen, die sich bei Schischkowo (12 Kilometer westlich Dünaburg) versammelten. In der Gegend südlich von Dünaburg bis zum Dryswjaty-See heftiger Artillerie- und Gewehrkampf. Im Abschnitt Minzjuny-Sokly-See südlich vom Dryswjaty-See machte der Feind einen Gegenangriff und besetzte wieder einen Teil der Gräben, die wir ihm am Tage vorher abgenommen hatten. In der Mitte dieses Abschnittes heftiger Artillerie- und Gewehrkampf. Auf der Front Wileity—Mosheiki (12 und 7 Kilometer nordwestlich Postawy) und in der Gegend des Miadziol- und Narocz-Sees dauert der Kampf an. Südwestlich des Narocz-Sees stießen unsere Truppen feindliche Gegenangriffe zurück und gingen weiter unter heftigem Feuer vor. Am Südufer des Narocz-Sees verschossen die Deutschen Granaten mit erstickenden Gasen. Weiter südlich bis in die Gegend der Polesie stellenweise lebhaftes Artilleriefeuer.

Galizien: An der oberen Strypa warfen wir südöstlich Kozlow einen Angriff des Feindes zurück und fügten ihm große Verluste zu. Weiter südlich gingen wir ein wenig vor und befestigten das gewonnene Gelände. Am Dnjestr besetzten unsere Truppen nach Kampf die Dörfer Latac und Chmielowa (10 und 12 Kilometer nordwestlich Uszieczko).

Schwarzes Meer: Keine Veränderung.

Kaukasusfront: Unsere Truppen verfolgen weiter den erschöpften Feind.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 23. März. (W. T. B.) Amtlicher Bericht. Im Suganatale (Brenta) griffen feindliche Abteilungen, unterstützt von Artillerie, in der Nacht zum 22. März mehrmals unsere Stellungen an. Sie wurden unter schweren Verlusten zurückgeschlagen und ließen in unseren Händen einige Gefangene, Waffen und Munition zurück. Bei Navnilaz (Becken von Flitsch) und auf dem Mrzli Vrh (Krn) wurden feindliche Vorstoßversuche in der gleichen Nacht vereitelt. Auf dem Mrzli Vrh drangen unsere Abteilungen, nachdem sie den Gegner zurückgeschlagen hatten, in die feindlichen Verschanzungen ein und warfen zahlreiche Bomben. Es kam zu verschiedenen Artilleriekämpfen an der gesamten Front, die auf den Höhen westlich Görz heftiger waren. Unsere Flieger stellten bei Erkundungen die Anwesenheit von zahlreichem rollenden Material auf der Eisenbahn im Bacatal (Idria) fest. Andere italienische Flieger bewarfen Oppachiasella, Konstanjevica und Nabresina mit Bomben und kehrten darauf trotz des Feuers der zahlreichen Ballonabwehrgeschütze unversehrt zurück. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Asiago und Telve (Suganatal), ohne Schaden zu verursachen.

Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 24. März. (W. T. B.) Bericht des Hauptquartiers. An der Irakfront bei Felahie versuchte eine feindliche Abteilung von ungefähr zwei Bataillonen unsere Vorposten auf dem rechten Ufer des Tigris anzugreifen, wurde aber nach einstündigem Kampfe zurückgeschlagen. In der Nacht vom 21. März warfen unsere Flieger wirksam Bomben auf die Feinde in Kut-el-Amara. In derselben Nacht griff eines unserer Wasserflugzeuge feindliche, in der Kephalosbucht der Insel Imbros ankernde Schiffe mit Bomben an; wir beobachteten, daß alle Bomben wirksam ihr Ziel erreichten. Ein feindliches Torpedoboot füllte vier Segelschiffe mit über 200 als Räuber verkleidete Soldaten und landete sie unter seinem Schutze in der Ortschaft Keumir Dili auf dem Südostufer des Golfs von Klazomene; aber auf einen Angriff unserer an Zahl nur schwachen Küstenabteilungen konnten sich die Räuber trotz des Schutzes des Torpedobootes am Ufer nicht halten und flüchteten sich eilig auf ihre Barken, wobei sie jedoch zehn der Bevölkerung gehörende Hammel mitnahmen, darauf zogen sie sich zurück. — Sonst nichts zu melden.

Das Unterhaus über den mesopotamischen Feldzug.

London, 22. März. (W. T. B.) Unterhaus. Minister für Indien Chamberlain sagte auf eine Anfrage über die Lage in Mesopotamien: Der Feldzug begann mit einer ziemlich kleinen Operation, die den Hilfsquellen der Regierung von Indien entsprach, aber er dehnte sich aus, bis jene Hilfsquellen nicht mehr ausreichten. Redner sprach seine Freude aus, daß schließlich der Regierung von Indien die Verantwortung dafür abgenommen wurde. Er könne auf die Frage nicht eingehen, ob die Truppennachschübe in Mesopotamien und die Truppen, mit denen der Vormarsch auf Ktesiphon unternommen wurde, ausreichend gewesen seien. Die militärischen Behörden seien mitdem Zug gegen Bagdad einverstanden gewesen. Chamberlain gab zu, daß die Lazaretteinrichtungen in beklagenswerter Weise zusammenbrachen. In Basra sei eine genügende Menge von allen Lazarettbedürfnissen vorhanden gewesen, aber weiter oberhalb habe es daran gefehlt, vor allem, weil keine geeigneten Flußfahrzeuge zu bekommen waren. Einige seien auf dem Tigris und vorher auf dem Meere verloren gegangen. Aber der Mangel an Booten sei nicht der einzige Grund für das, was geschehen, und weder die englische noch die indische Regierung seien mit den Zuständen, die sich daraus ergeben hätten, zufrieden. Ein General und ein Zivilbeamter seien hingeschickt worden, um die ärztlichen Vorkehrungen zu untersuchen. Die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen. Chamberlain schloß, er hoffe, daß Besorgnisse über die militärische Ausrüstung unbegründet seien. Jedenfalls seien Verbesserungen gemacht worden und weitere würden folgen. Hobhouse sagte, er bedauere, daß die militärischen Behörden in England und Indien die Unternehmung in Mesopotamien gebilligt hätten. Er habe gehofft, daß der Befehlshaber an Ort und Stelle seine Befugnisse überschritten hätte, als er die weit überlegenen feindlichen Streitkräfte angriff und daß er für diese vielleicht nicht gerade unheilvolle, aber jedenfalls durchaus nicht erfolgreiche Unternehmung verantwortlich wäre. Er sei erstaunt, daß die militärischen Behörden den Vormarsch gebilligt hätten; denn der Traum, daß man Bagdad mit 20000 Mann nehmen könne, scheine ihm militärischer Wahnsinn zu sein. Redner bedauerte, daß Chamberlain genötigt gewesen sei, zuzugeben, daß

die ärztlichen Vorkehrungen gänzlich zusammengebrochen seien. Wenn Soldaten aus Mangel an Vorsorge an ihren Wunden gestorben sind, so verdienen die dafür verantwortlichen Personen die schärfste Strafe. Redner wandte sich gegen die Bemerkung Chamberlains, daß die Berichte der Gegner romanhaft seien. Der letzte türkische Bericht sei viel weniger romanhaft als der letzte englische. Die Zahl der britischen Verwundeten sei in dem türkischen Bericht viel genauer angegeben, als in dem britischen. — Chamberlain erwiderte, der Feind erfahre die englischen Verluste erst aus den britischen Berichten. Hobhouse sagte der Feind habe häufiger, als das Kriegsamt zugebe, erstaunlich richtige Schätzungen gebracht.

Vom U-Boot-Krieg.

Le Havre, 24. März. (W. T. B.) Einer Meldung der Agence Havas zufolge wurde das englische Schiff „Zelvongbank" im Kanal in der Nacht vom 22. zum 23. März torpediert. Die Besatzung wurde bis auf den ersten Offizier gerettet.

Zur Torpedierung der „Elektra".

Paris, 24. März. (W. T. B.) Blätter bringen auszugsweise ein Schreiben des Marineministers an den Minister des Aeußern, worin an der Hand eines Berichts eines Tauchbootkommandanten die Tatsache der Torpedierung des österreichisch-ungarischen Spitalschiffes „Elektra" zugegeben wird. Der Minister teilt jedoch mit, daß nach dem Bericht die „Elektra" nicht die vorgeschriebenen Zeichen führte. Eine Untersuchung sei im Gange. Wenn sich die Richtigkeit der österreichischen Mitteilung ergäbe, würden die notwendigen Verfügungen getroffen werden.

Englische Frachtdampfer für Italien.

Bern, 24. März. (W. T. B.) „Marina Mercantile Italiana" veröffentlicht eine Mitteilung ihres Londoner Korrespondenten, wonach die englische Regierung beschlossen habe, 70 Frachtdampfer der italienischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Die Schiffe sollen nach den italienischen Häfen sofort 850 000 Tonnen Getreide abtransportieren. Die italienische Regierung werde für die Schiffe die gleichen Frachtsätze bezahlen wie England für die requirierten Schiffe. Die englische Regierung habe sich verpflichtet, mit eigenen Schiffen Italien monatlich 50 000 Tonnen Cardiffkohlen während der ganzen Kriegsdauer zu liefern. Die Kohle sei für die Staatseisenbahnen bestimmt.

Die Zeppelinfahrt über England.

In der Nacht zum 6. März besuchte ein deutsches Luftschiffgeschwader die Ostküste Englands. Darüber können jetzt Berliner Blätter melden:

„Die Verhältnisse, unter denen unsere Zeppeline damals ihren Angriff ausführten, lagen besonders günstig, und ihre Aufgaben konnten, trotzdem das Geschwader von feindlichen Batterien sehr scharf beschossen wurde, planmäßig und mit außerordentlich guter Beobachtungsmöglichkeit ausgeführt werden. Ihre Bomben waren in erster Linie gegen die militärischen und Hafenanlagen am Humber gerichtet, insbesondere gegen Hull; daher wurde auch dieses bei weitem am meisten in Mitleidenschaft gezogen. Namentlich haben seine Hafenanlagen schwer gelitten. Im einzelnen ist zu erwähnen, daß am dortigen Kai ein Magazin mit Munition sowie ein zweites mit Regierungsvorräten angefülltes Magazin vollständig zerstört wurden. Die Ufermauern sind an vielen Stellen schwer beschädigt, so daß sie teilweise erneuert werden müssen. Auch eine ganze Anzahl von Ladekränen wurde außer Betrieb gesetzt und das New-Joint-Dock schwer beschädigt. Ebenso ein großer Dampfer, der dort ankerte, und ein in der Nähe eines Benzinlagers liegender Tankdampfer. Aber auch die britische Kriegsmarine ist nicht ohne Einbuße davongekommen. Ein größeres Kriegsschiff wurde am Bug, ein anderes am Hinterschiff schwer beschädigt. Soviel beobachtet werden konnte, wurden auf letzterem beide Schornsteine, der hintere Mast und das Hinterteil des Schiffes selbst zum großen Teil zerstört. Auch in der Stadt Hull wurde ein großes Lagerhaus getroffen, das vollständig niederbrannte. Der Bahnhof mit seinen Anlagen wurde schwer beschädigt, und im alten Stadtteil wurden zwei Häuserblocks vollständig zerstört. Die Collierstraße soll einen Trümmerhaufen bilden.

Soweit die unbedingt sicheren Beobachtungen; man kann aber auch fernerhin mit gutem Gewissen annehmen, daß noch eine ganze Reihe weiterer Schäden verursacht worden sind."

Ein Dementi Ballins.

Rotterdam, 23. März. (W. T. B.) Reuter meldet aus London, daß in England große Entrüstung über eine Behauptung Ballins herrsche, nach welcher die deutsche Regierung beabsichtige, mit allen ihr zu Dienste stehenden Mitteln den Handel zwischen England und anderen europäischen Ländern, neutralen oder nichtneutralen, zu verhindern. Zweifellos sei diese Nachricht zutreffend, wie auch die kürzliche Versenkung vieler neutraler Schiffe beweise.

Anmerkung der Redaktion des W. T. B.: Daß es sich in Vorstehendem wieder einmal um eine dreiste Erfindung des Reuterschen Bureaus handelt, beweist das nachstehende Telegramm, das Generaldirektor Ballin an den Direktor v. Reuchlin der Holland-Amerika-Linie in Rotterdam gesandt hat:

Hierher wird gemeldet, daß Sie gesagt haben sollen, ich hätte Ihnen mitgeteilt, daß Deutschland auf Vernichtung nicht nur der feindlichen, sondern auch neutraler Tonnage ausgehe. Das kann doch sicherlich nur ein von anderer Seite erfundenes böswilliges Gerücht sein, denn daß hier die freundlichsten Gefühle für Holland bestehen, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Herzliche Grüße Ballin.

Auf das Telegramm des Generaldirektors Ballin hat Direktor v. Reuchlin von der Holland-Amerika-Linie folgende Antwort abgesandt: Generaldirektor Ballin, Berlin. Brauche Ihnen kaum zu versichern, daß die besagte Meldung durchaus unrichtig ist und auf böswilliger Verdrehung, aus bekannten Kreisen stammend, beruht. Habe bereits Richtigstellung in hiesiger und Londoner Presse veranlaßt. Reuchlin.

Beschwerde des Kardinals Mercier.

Berlin, 24. März. (W. T. B.) Kardinal Mercier hat sich wegen folgenden Vorfalles in heftiger Weise beim Generalgouverneur in Belgien beschwert und dabei mit einer Klage an höherem Ort gedroht. In der Privatwohnung eines Sekretärs des Kardinals, der verdächtig war, an einer Organisation für Briefschmuggel beteiligt zu sein, war eine Haussuchung vorgenommen worden. Der Kardinal erhebt nun Beschwerde „im Namen der religiösen Freiheit". Es ist unerfindlich, wie er hier einen Zusammenhang zwischen einer Privathaussuchung und der Bedrohung der religiösen Freiheit herstellen kann. Es bleibt nur die Erklärung, daß der Kardinal, der ja immer den Weg in die Presse des feindlichen Auslandes findet, durch diese Darstellung künstlich den Eindruck hervorbringen möchte, daß die deutsche Verwaltung eine Gefahr für das religiöse Leben in Belgien bedeute. Da er keinen einzigen Fall eines Eingriffes in die Kultusfreiheit nachweisen kann, so bemüht er sich eben, einen solchen Fall zu konstruieren. Wie sehr er übrigens stets an die Agitation in der Oeffentlichkeit denkt, beweist die Tatsache, daß die inländische Presse bereits den Inhalt der Antwort des Kardinals auf das Schreiben des Generalgouverneurs vom 15. d. Mts. mitteilen kann. Auf Anfrage erfahren wir, daß diese Antwort an der zuständigen Stelle noch nicht eingegangen ist und daß der Kardinal die Nachricht sandte, er könne diese Antwort erst in einigen Tagen schicken.

Die bevorstehende Pariser Handelskonferenz der Ententemächte.

Haag, 24. März. (T. U.) Die bereits schon gestern kurz gemeldete Mitteilung, die der „Daily Telegraph" von einer Persönlichkeit, die in enger Beziehung zur englischen Regierung steht, erhalten hat, heißt in ihrem Wortlaut folgendermaßen: „Es scheint, daß auf der Pariser Konferenz etwas Wichtigeres erörtert werden wird als nur der Handel. Die Meinungen sämtlicher britischen Kolonien sind nach und nach eingeholt worden. Der australische Staatsminister wird wahrscheinlich in der nächsten Woche Paris besuchen, und seine Kollegen von Kanada und Neu-Seeland werden dasselbe im Laufe des Sommers tun, während andere Kolonialmänner von Einfluß Gast des Mutterlandes sein werden innerhalb der nächsten Monate. Es ist Frankreich vor allem, das sich für die nächste Konferenz einsetzt. Ich lasse dahingestellt, inwieweit das Gleiche von den Engländern getan wurde, die kürzlich Frankreich besuchten. Die Konferenz wird sich jedoch mit einer größeren Frage beschäftigen, nämlich mit der Lage, vor die die Verbündeten gestellt werden, sobald annehmbare Friedensvorschläge durch die Zentralmächte vorgelegt worden sind. Wie auch immer diese Vorschläge sein mögen, sie werden so früh als es irgend möglich ist, jeder einzelnen Regierung der Verbündeten unterbreitet werden, und Großbritannien selbst wird nichts tun, bevor es die Vertreter aller seiner Kolonien befragt hat und ein gemeinschaftliches Einverständnis erzielt worden ist. Frankreich und Großbritannien haben jedoch jedes ihre eigenen nationalen Bedürfnisse und niemand braucht überrascht zu sein, wenn mit Uebereinstimmung Großbritanniens Frankreich seine Wirtschaftspolitik vollständig ändert. Die Lage einiger Verbündeten ist derartig, daß sich ihre Wirtschaftspolitik nicht auf die Entscheidung Großbritanniens und Frankreichs basieren könne. Und die Politik des internationalen Handels zwischen den Verbündeten kann nur auf der Basis der Verhältnisse begründet werden, die am Ende des Krieges vorherrschen. Aber eine Tatsache muß bemerkt werden, die Handelskonferenz in Paris wird von größter Wichtigkeit für uns alle sein und vielleicht von noch größerer Wichtigkeit für Deutschland und Oesterreich."

Heraufsetzung der englischen Altersgrenze.

London, 23. März. (W. T. B.) „Daily Mail" sagt, der Rekrutierungsplan Lord Derbys befinde sich, wie Derby selbst zugibt, in einem vollständigen Zusammenbruch. — „Morning Post" schreibt, man glaube allgemein, daß die Altersgrenze für den Militärdienst mindestens auf 45 Jahre hinaufgesetzt werden wird.

Drohender Streik in Südwales.

London, 23. März. (W. T. B.) „Times" meldet aus Cardiff, wenn nicht in den nächsten 14 Tagen eine Einigung zwischen den Bergleuten und den Grubenbesitzern erzielt wird, wird sich das ganze Kohlenrevier in Südwales im Streik befinden. Auf der Jahresversammlung des Bergmannsverbandes, die Montag in Cardiff stattfindet, wird beantragt werden, sämtliche Lohnverträge auf 14 Tage zu kündigen, und es ist kein Zweifel, daß der Antrag angenommen werden wird. Der Streik dreht sich um Lohnerhöhungen.

Eine neue „sozialistische Organisation" in England.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Der Arbeiterparteiler Stanton, der Nachfolger Keir Hardies im Wahlkreis Merthyr Tydwill, der im Parlament die schlimmsten bürgerlichen Chauvinisten zu übertrumpfen strebt, hat eine neue, angeblich „sozialistische" Organisation gegründet, die den Namen „Britische Arbeiter-Nationalliga" trägt. Zu ihren Mitgliedern gehören die Unterhausmitglieder Hodge, Duncan, O'Grady, Walsh, Willie und Seddon, sowie der Romanschriftsteller H. G. Wells, was immerhin nach den ganz vernünftigen Ansichten, die dieser unlängst über die Aussichtslosigkeit der weiteren militärischen Operationen veröffentlicht hat, verwunderlich erscheint. Die Aufgabe, die sich die neue „sozialistische" Partei stellt, ist der Kampf gegen die Unabhängige Arbeiterpartei — was immerhin eine Anerkennung der Erfolge ist, die die Agitation der J. L. P. errungen hat. Natürlich hat sich die neue Organisation ein Programm gegeben, das ein wenig sozialistischen Aufputz hat. Darin steht die nationale Kontrolle der wichtigsten Industrien unter einer gemischten Direktion, Reichsverband und Reichsverteidigung, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik für die britischen Staaten und ihre Verbündeten, Dienstpflicht, Wahlrecht aller Erwachsenen, Erziehungs- und Landreform. — Es besteht die Absicht, daß die Partei als solche gleich der J. L. P., der Arbeiterpartei beitreten soll. — Agitationsversammlungen sollen im ganzen Land Anhänger für die Partei werben.

Da bekanntlich auch die British Sozialist Party von der Kriegspolitik energisch abgerückt ist, ist das Bedürfnis, eine neue „patriotische" politische Organisation zu gründen, begreiflich. Auf die Weise läßt sich ja behaupten, daß die Kriegspolitik von englischen Sozialisten gebilligt wird. Die Naivität, womit die Gründer phantastische Schlagworte wie die dauernde gemeinsame Wirtschaftspolitik der Verbündeten in das Programm aufgenommen haben, zeigt wieder einmal die politische Unreife, worin die dauernde Gefolgschaft bei den bürgerlichen Parteien und die Vernachlässigung der sozialistischen Gedankenwelt auch viele geistig regsame Elemente des englischen Proletariats erhalten hat.

Amerikanische Protestnote an England.

London, 23. März. (W. T. B.) „Daily News" meldet aus Washington vom 22. März: Das Staatsdepartement hat einen formellen Protest nach London gerichtet wegen der Beschlagnahme von amerikanischen Wertpapieren im Werte von vier Millionen Pfund Sterling, die mit der Post aus Holland gesandt waren.

Verschärfung des amerikanisch-mexikanischen Konflikts.

London, 24. März. (W. T. B.) „Times" erfährt aus Washington, daß dort die Besorgnis wegen Mexiko zunehme. Das Kriegsdepartement habe zugegeben, daß General Herrera mit 20 000 Mann Truppen zu General Villa übergegangen ist. Die Bevölkerung in den Oeldistrikten soll eine sehr amerikanerfeindliche Haltung einnehmen. Man befürchtet Unruhen. Wahrscheinlich wird der Rest des mexikanischen Heeres nach der Grenze geschickt werden, um im Norden die Lage zu beherrschen. Dadurch können die Verbindungen des Generals Pershing gefährdet werden. Der Rest der regulären mexikanischen Armee besteht aus 6000 Mann, die Artillerie nicht eingerechnet. Die ganze reguläre Armee Mexikos wird auf 15000 Mann geschätzt. Die Expedition des Generals Pershing ist, wie man glaubt, nur 5000 Mann stark. Wenn nötig, werden von der amerikanischen Flotte Marinesoldaten gelandet werden und von Tampico aus eingreifen. Senator Sherman befürchtet, daß General Pershing dasselbe Los ereilen könnte, wie Gordon in Karthum. Er verlangte die möglichst rasche Aufstellung von 50000 Freiwilligen.

Brasiliens Haltung.

In den Nachrichten über eine angeblich deutschfeindliche Haltung Brasiliens, insbesondere über eine eventuelle Beschlagnahme der dort liegenden deutschen Schiffe, erfahren wir von durchaus zuverlässiger Seite, daß die Haltung Brasiliens eine durchaus korrekte ist. Weder hat bisher eine Beschlagnahme deutscher Schiffe stattgefunden noch ist ein derartiges Vorgehen Brasiliens zu erwarten.

Ein italienischer Sozialist über die Verhältnisse in Japan.

Mailand, 23. März. (T. U.) Ein italienischer Sozialist schreibt an den „Avanti" einen interessanten Brief aus Japan über japanische Verhältnisse und über die Verhältnisse im chinesischen Hafen Fu-Tschu. Der Brief datiert vom Monat Januar d. J. Nach einer langen Einleitung über die Verhältnisse Japans, bevor diese europäisiert waren, sagt der sozialistische Autor: Die Ministerposten des Krieges, der Marine und des Innern befinden sich ganz traditionell in den Händen von Vertretern der feudalen Assoziationen „Choshu", „Satsuma" und „Hizen", und die Inhaber der Posten sind streng darauf bedacht, die Interessen ihrer Partei (oder Sippe, Clans) in Ausübung ihres Amtes zu wahren. Der Autor bemerkt dazu: Wie die Interessen des Landes selbst auf diese Art gewahrt werden, kann man sich danach wohl denken. Die Fähigkeit, mit der Kriegsminister und Marineminister die ungeheure Vergrößerung des Heeres und der Marine betrieben und noch betreiben, kann man erst verstehen, wenn man weiß, daß sie das hauptsächlich im Interesse der großen industriellen Wähler tun und getan haben. Der Kriegsminister habe ein Programm ausgearbeitet, das er, koste es was es wolle, durchführen werde, natürlich auf Kosten des Landes. Das Heer soll auf 29 Divisionen erhöht werden. Mehrere Geschwader Flugzeuge und ein Geschwader lenkbarer Luftschiffe sind vorgeschlagen. Das Marineprogramm umfaßt 4 Ueberdreadnoughts, 2 Panzerschiffe, 20 Torpedoboote, mehrere Torpedojäger, Unterseeboote und Wasserflugzeuge, für welche 180 Millionen Yen gefordert wurden. Der Finanzminister wollte nur 100 Millionen Yen zur Verfügung stellen, aber Admiral Kato bestand auf unbeschnittener Durchführung des Marineprogramms. Die japanische Handelsmarine habe sich noch schneller entwickelt als die Schlachtflotte. Die Nippon-Yusen-Kaisha-Dampfer-Gesellschaft nehme die zehnte Stelle unter den großen und größten Handelsmarinen der Welt ein, mit einem Tonnengehalt von 335 000 Tonnen, also ungefähr nur 10 000 Tonnen weniger als die berühmte Cunnard-Company und steht noch vor den französischen Gesellschaften La Transatlantique und Messageries maritimes. Eine andere bedeutende Schiffahrtsgesellschaft sei die Tokyo Kisen Kaisha, welche einen Dienst zwischen Japan und San Franzisko unterhält. Die japanischen Schiffswerften sind in fieberhafter Tätigkeit, so schnell als möglich soviel Dampfer fertigzustellen, als nur irgend angängig ist, ehe die deutschen Dampfer wieder ihren Dienst aufnehmen können. In Nagasaki werden zurzeit vier Dampfer zu je 7500 Tonnen und drei zu je 3700 Tonnen gebaut (Mitsu Bish Etablissement). In Cobe sind im Bau zwei Dampfer zu 5300 Tonnen, ein Cargo-Boot zu 1800 Tonnen; das Etablissement Kawa Saki zu Cobe hat im Bau einen Dampfer zu 3000 Tonnen, zwei Dampfer zu je 4000 Tonnen, drei Dampfer zu je 7300 Tonnen und einen Dampfer zu 1800 Tonnen. Viele andere Dampfer sind im Bau auf den Werften zu Osaka, Uraga, Fuji, Nagata, Narima und anderen. Natürlich wird mit Eintritt des Friedens diese gegenwärtige Bauwut sehr stark abflauen, aber es ist unverkennbar der Wunsch vorhanden, die Zeit, welche der Krieg den Japanern jetzt gibt, in höchstem Maße auszunutzen, um definitiv den Hamburgern und Bremen den Platz wegzunehmen, den sie vor dem Kriege einnahmen. — In China herrsche keine Aufregung im Schiffbau, aber es bewege sich doch! Vor wenigen Wochen erst hat eine Gruppe von Kapitalisten in Kanton und Schanghai bevollmächtigte Delegierten nach Nordamerika gesandt, um dort fünf Dampfer zu bestellen, die den allerneuesten Dampfern der Nippon Yusen Kaisha in Japan gleichkommen sollen. Außerdem scheint es, daß China die Schiffe der englischen Pacific Mail Steam Ship Co. ankaufen wolle, um die Ausstreuungen der Japaner zu neutralisieren. Der italienische Sozialist schließt seine Ausführungen, die europäischen Mächte sind zu kurzsichtig, um zu erkennen, daß, während sie sich gegenseitig bekämpfen, die Völker des fernen Ostens ihnen den Handel wegnehmen.

Letzte Nachrichten.

Eine englische Erklärung in der „Tubantia"-Angelegenheit.

London, 24. März. (W. T. B.) Reutermeldung: Infolge der verschiedenen Kommentare in den holländischen Blättern über die etwas kurzgefaßte Erklärung der britischen Admiralität, betreffend den Unfall der „Tubantia", wird der britische Gesandte im Haag der niederländischen Regierung folgende amtliche Mitteilung machen:

Die britische Admiralität ist in der Lage, nachträglich festzustellen, daß in dem Gebiet, wo die „Tubantia" zerstört wurde, keine britischen Minen gelegt worden sind, und daß sich zur Zeit, als die Gewalttat sich ereignete, weder ein britisches Unterseeboot noch ein anderes britisches Kriegsschiff in der Nachbarschaft befand. Sobald die Notsignale der „Tubantia" in Harwich eintrafen, fuhren ein britisches Torpedoboot und mehrere Zerstörer in voller Fahrt aus, um bei der Rettungsarbeit zu helfen. Aber das ist die einzige Beziehung irgendwelcher Art, in der die britische Flotte zu dem bedauernswerten Vorfall steht. Es kann bemerkt werden, daß es absolut gegen jeden gesunden Menschenverstand ist, anzunehmen, daß die britische Regierung für den Verlust des holländischen Liniendampfers verantwortlich ist. Es ist die erklärte Politik Deutschlands, Großbritannien durch die Vernichtung aller Schiffe kriegführender oder neutraler Länder, die mit seinen Häfen Handel treiben oder sich doch seinen Küsten nähern, zu isolieren. Ueber die Moral dieser Politik braucht nichts gesagt zu werden. Offenbar besteht sie wesentlich darin, alle Wasserwege, von denen Großbritannien für die Versorgung des Landes abhängt, für die Schiffahrt aller Länder unsicher zu machen. Es ist unmöglich anzunehmen, daß Großbritannien im Begriffe ist, Deutschlands Absichten dadurch Vorschub zu leisten, daß es ihm hilft, diese Politik durchzuführen und die Sicherheit des neutralen Handels durch Minen und Torpedos zu gefährden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Jahresbericht der Maler und Lackierer.

Die Filiale Berlin des Verbandes der Maler, Lackierer usw. konnte im abgelaufenen Jahr trotz der ungünstigen Verhältnisse 461 neue Mitglieder aufnehmen. Andererseits wurden aber 397 Restanten gestrichen und eine größere Zahl von Mitgliedern zum Militär eingezogen. Außerdem sind noch Zu- und Abgänge in kleiner Zahl aus anderen Gründen zu verzeichnen, so daß die Mitgliederzahl, die zu Anfang des Jahres 2726 betrug, am Jahresschluß auf 1465 herabgegangen war. Abgesehen von den durch den Heeresdienst verursachten Verlusten hat sich die Mitgliederzahl so ziemlich auf der alten Höhe gehalten. Auch die Kassenverhältnisse sind nicht ungünstig. Das Vermögen hat sich zwar seit dem Vorjahr etwas verringert, es beläuft sich aber noch auf 46 870 M. Für Unterstützungszwecke wurden 22 420 M. ausgegeben.

Infolge der zahlreichen Einberufungen hat sich die Arbeitsgelegenheit für die Zurückgebliebenen zwar vermehrt, aber im allgemeinen war die Lage des Arbeitsmarktes ungünstig. Beim Arbeitsmarkt der Maler wurden im Jahre 1914 noch 8935 Stellen gemeldet und 6370 besetzt. Das Jahr 1915 brachte nur 7514 gemeldete und 5555 besetzte Stellen. Das ergibt also einen wesentlichen Rückgang an Arbeitsgelegenheit. Auf eine Besserung der Lage im Jahre 1916 kann nicht gerechnet werden. — Die beantragte Gewährung von Teuerungszulagen lehnten die Arbeitgeberorganisationen ab.

Die Lackierer, die zum großen Teil auf Heeresarbeit beschäftigt sind, konnten mit der Konjunktur zufrieden sein. Deshalb konnte auch eine Aufbesserung der Löhne erzielt werden. Die vom Arbeitsnachweis Vermittelten verlangten einen Mindestlohn von 80 Pf., den sie auch in den meisten Fällen erhielten. Bei Akkordarbeit in der Rüstungsindustrie wurden Stundenlöhne von 1,10 bis 1,30 M. verdient. — Nicht so günstig wie in der Rüstungsindustrie sah es in den Wagenlackierereien aus, mit Ausnahme von wenigen Werkstätten, die mit dem Anstreichen an Kriegsfahrzeugen beschäftigt waren. Ein großer Teil der Wagenlackierereien ist wegen Mangel an Arbeit geschlossen. Die Möbellackierer haben fast gar keine Arbeit in ihrer Branche. Dasselbe gilt für die Küchenmöbelbranche.

Die gesundheitlichen Verhältnisse im Maler- und Lackierergewerbe haben sich insofern verschlechtert, als wegen des Mangels an wichtigen Materialien gesundheitsschädliche Ersatzstoffe verarbeitet werden. Das gilt besonders von einem Mittel, welches als Terpentinersatz verwendet wird. Die Filialleitung hat einen solchen Ersatzstoff vom Städtischen Untersuchungsamt untersuchen lassen. Das Gutachten des Amtes sagt: „Das Mittel muß zweifellos für weniger harmlos angesehen werden als Terpentinöl. Seine Benutzung, die ja wohl nur als derzeitiger Notbehelf gelten soll, muß unter den nötigen Vorsichtsmaßregeln, also bei guter Lüftung der Arbeitsräume beziehungsweise unter Zuhilfenahme von Vorrichtungen zur Wegführung der Dämpfe des verdunsteten Mittels geschehen."

Die Verwendung dieses Ersatzmittels bedeutet also eine nicht geringe gesundheitliche Gefahr für die Arbeiter, denn die vom Untersuchungsamt empfohlenen Vorsichtsmaßregeln können in den meisten Fällen nicht angewandt werden. Vorrichtungen zur Abführung der Dämpfe sind nicht vorhanden. Viele Lackierwerkstätten, namentlich manche Helmlackierereien, lassen alles, was zur Abwendung gesundheitlicher Gefahren notwendig wäre, vermissen.

Der Jahresbericht wurde in der Mitgliederversammlung am Donnerstag ohne Einwendung entgegengenommen. — Durch einige Neuwahlen zum Filialvorstand wurden die während des Krieges entstandenen Lücken ausgefüllt, mit der Maßgabe, daß, wenn der Krieg im Laufe dieses Jahres beendet werden sollte, wieder Neuwahlen stattfinden, damit die Möglichkeit gegeben wird, den im Felde stehenden Vorstandsmitgliedern ihre Aemter wieder zu übertragen.

Die Wäschearbeiter beschäftigten sich am Donnerstag mit der neuerlichen Verordnung betreffs weiterer Einschränkung der Produktion. Branchenleiter Eue referierte. Wenn die Verordnung in Kraft tritt, wird sie zweifellos eine starke Arbeitszeitverkürzung, außerdem Aussetzen, besonders für Frauen im Gefolge haben, auch munkle man bereits von der bevorstehenden Schließung mancher Betriebe. Jedenfalls dürfte die Maßnahme auf das Gewerbe sehr ungünstig einwirken. Redner besprach im einzelnen die Verordnung und deren Folgen für die einzelnen Arbeiterkategorien und bedauerte, daß die Verordnung so vorzeitig veröffentlicht worden ist. Es zeigt sich jetzt dasselbe Bild, wie bei den früher ergangenen behördlichen Erlassen: es wird bis zum Inkrafttreten derselben mit Volldampf darauf losgearbeitet und wenn es nachher soweit ist, haben die Fabriken alles aufgearbeitet. In einigen Betrieben sind die Arbeiter bereits auf tägliche Kündigung gestellt worden.

Es soll jetzt Material gesammelt werden über die Verhältnisse in dieser Branche und im Anschluß hieran wird der Verband große Versammlungen einberufen, in denen diese Materie eingehend behandelt werden soll. Notwendig aber ist es, daß alle Berufsangehörigen dieser Sache ihre Unterstützung leihen, wenn etwas erreicht werden soll.

Deutsches Reich.

Teuerungszulage und Reichstarifvertrag im Schneidergewerbe.

Dieser Tage hat sich eine gut besuchte Schneiderversammlung in Stuttgart mit dieser Frage beschäftigt. Von allen Rednern wurde betont, daß es die Herren Arbeitgeber doch selbst einsehen müßten, daß ihre Arbeiter mit den alten Löhnen, bei der kolossalen Teuerung aller Lebensmittel, Bedarfsartikel sowie der Furnituren nicht mehr auskommen können, und müßten eigentlich von selbst eine ausreichende Lohnzulage gewähren. Besonders wurde auch der ablehnende Standpunkt der Herrenkleiderfabrikanten verurteilt, welche überhaupt nicht gewillt zu sein scheinen, eine Lohnzulage zu gewähren. Es wurde ferner zum Ausdruck gebracht, daß es ohne Zulagen nicht weiter gehen kann, da die Lebenshaltung um 60 bis 70 Proz. teurer geworden ist.

Folgende Resolution gelangte zur Annahme:

Die gut besuchte Schneiderversammlung im Stuttgarter Gewerkschaftshause erwartet mit Bestimmtheit, daß alle Arbeitgeber der sämtlichen Sparten der Schneiderei ihren Arbeitern und Arbeiterinnen eine dauernde ausreichende, den verteuerten Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung sofort gewähren. Besonders erwartet sie auch von den Herrenkleiderfabrikanten, daß sie ihren ablehnenden Standpunkt aufgeben, eine Teuerungszulage, und den Heimarbeitern Furniturentschädigung gewähren.

Die vom Adav. vorgeschlagene Furniturerhöhung wird als viel zu gering erachtet, und erwartet die Versammlung noch eine wesentliche Erhöhung derselben.

Aus der Partei.

Gegen Peus.

Genosse Peus hatte sich kürzlich in den „Sozialistischen Monatsheften" für die Bewilligung des Militär- und Marineetats ausgesprochen, überhaupt die Bewilligung des Gesamtetats für eine Selbstverständlichkeit gehalten, daneben hatte er einer aktiven Mitarbeit bei den Kolonialproblemen das Wort geredet.

Zu diesem Artikel wird nun der „Partei-Korrespondenz" aus dem Bureau des Parteivorstandes geschrieben:

Zur Neuorientierung der Sozialdemokratie.

Die **bürgerliche Presse** hat auch während des Weltkrieges genügend Raum zur Registrierung sozialdemokratischer Presseäußerungen, und sie bevorzugt dabei, genau wie in Friedenszeiten, die Stimmen, die auf den äußersten Flügeln der Partei rechts und links laut werden. Die konservative und die Zentrumspresse legen dabei mehr Wert auf Aeußerungen der Heißsporne von links, die sie **für ihre reaktionären Zwecke** auszunutzen versuchen; die liberalen Blätter legen mehr Wert auf Aeußerungen der Illusionäre von rechts, mit denen sie nach dem Krige eine **grundsatzlose Gelegenheitsreformpolitik** machen zu können sich einbilden. In der vergangenen Woche hatte die bürgerliche Presse das Vergnügen, aus der Nummer der **„Sozialistischen Monatshefte"** vom 16. August 1915 einen Artikel des Genossen **Peus abdrucken** zu können, der die Ueberschrift trägt: **„Die Neuorientierung der Sozialdemokratie".** Genosse Peus hat es mit der Erörterung der **Neuorientierung** der Partei sehr eilig, während die Verbündeten Regierungen und die bürgerlichen Parteien mit den Erörterungen über die angekündigte Neuorientierung der inneren Politik bis zur Zeit nach dem Frieden warten wollen. Genosse **Peus** geht aber **auch aufs Ganze.** Er schreibt u. a.:

Nun folgen Ausschnitte aus dem Artikel:

Dann heißt es zum Schluß weiter:

Soweit Genosse Peus! Was soll die Erörterung dieser weitausschweifenden Pläne, deren Durchführung **eine völlige Aenderung der sozialdemokratischen Taktik** bedeuten würde, **jetzt während des Krieges, wo wir wahrhaftig näherliegende Sorgen haben!** Sozialdemokratische Programmpunkte sind gewiß **keine ewigen Wahrheiten,** und die Partei hat immer daran festgehalten, **daß auch in der Kritik ihres Programms die größte Meinungsfreiheit** herrschen muß; denn diese ist ein Lebensprinzip jeder demokratischen Partei. Es muß aber festgestellt werden, daß solche kritische Auslassungen an Programmsätzen und Parteitagsbeschlüssen zurzeit gar nichts ändern können. **Das kann nur ein sozialdemokratischer Parteitag.** Wann aber ein solcher einberufen werden kann, das ist zurzeit noch gar nicht abzusehen. Ob der nächste Parteitag auf Grund der welterschütternden Geschehnisse, deren Zeugen wir sind, diesen oder jenen Parteitagsbeschluß zu ändern für nötig hält, das wird sich finden. Jedenfalls wird das aber nur nach einer gründlichen Diskussion in einer von der Zensur des Belagerungszustandes freien Zeit geschehen. Für jeden Kenner unserer Parteiverhältnisse ist aber sicher, daß der nächste Parteitag, ganz gleich, zu welchem Termin er berufen werden kann, mit überwältigender Mehrheit die von Peus vorgeschlagene vollständige Revision unserer Taktik ablehnen wird. Peus und die Genossen, die seinen Vorschlägen Verwandtes vertreten, waren vor dem Kriege **Eingänger,** und sie werden das auch nach dem Kriege sein. Monatsheftartikel des Genossen Peus haben noch nie gezeigt, wohin die **Reise** geht. Sie werden es auch in Zukunft nicht tun.

Heinrich Rackow gestorben.

Am 1. März starb in London ein alter Kämpfer der deutschen Sozialdemokratie: Heinrich Rackow. Dieser war seit Ende der 60er Jahre in Hamburg-Altona als sehr beliebter Redner im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein tätig. Als im Januar 1874 der Leiter der Agitation für Schleswig-Holstein, Otto Reimer, in den Reichstag gewählt wurde, trat Rackow an dessen Stelle. Auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die 1874 in Hannover stattfand, wurde Rackow zum Hauptkassierer des Vereins und Expedienten des Parteiorgans „Neuer Sozialdemokrat" gewählt. Diese Wahl machte seine Uebersiedelung nach Berlin nötig. Von dieser Zeit an wirkte er in Berlin. Auch hier war er neben der Erledigung der Parteigeschäfte hervorragend agitatorisch tätig. Bei Gründung der Genossenschaftsdruckerei wurde er deren Geschäftsführer. Nach Erlaß des Sozialistengesetzes und Verhängung des Belagerungszustandes gehörte Rackow zu den ersten Ausgewiesenen. Er ging dann nach London. Dort schloß er sich dem Kommunistischen Arbeiterbildungsverein, der Organisation der deutschen Sozialdemokratie in London, an. Auch hier war er hervorragend tätig. Nun ist der 71 Jahre alte Kämpfer gestorben. In der Geschichte der Partei hat Rackow sich einen guten Namen erworben. Das deutsche Proletariat wird des verstorbenen alten Kämpfers dauernd gedenken.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Bei C. F. Solbrig Söhne A.-G. in Chemnitz stieg der Reingewinn von 128 229 auf 887 162 M., die Dividende von 4 auf 6 Proz.

Die Howaldtswerke Kiel verdoppelten ihren Reingewinn von 124 609 auf 262 307 M. Die Stammaktien erhalten 5 Proz. Dividende (i. V. —), die Vorzugsaktien wieder 6 Proz.

Der Verein Chem. Fabriken zu Zeitz zahlt seinen Aktionären, die im Vorjahre ohne Dividende blieben, diesmal 5 Proz.

Die Hallesche Pfännerschaft erhöhte ihre Dividende von 4 auf 6 Proz.

Der Maschinenfabrik C. Blumwe u. Sohn A.-G. in Bromberg gestattet der diesjährige Abschluß ebenfalls, den im Vorjahre dividendenlos gebliebenen Aktionären 5 Proz. zu zahlen.

Die Hubertus-Braunkohlen-Akt.-Ges. in Brüggen a. d. Erft kann ihre Dividende von 5 auf 6½ Proz. erhöhen.

Die Arenbergsche Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Essen bringt 22 Proz. Dividende zur Verteilung (i. V. 17 Proz.). Der Reingewinn ist von 2,5 auf 3,8 Mill. Mark gestiegen.

Die Geraer Strickgarnfabrik Gebr. Feistkorn A.-G. in Gera-Reuß zahlt wieder „nur" 12 Proz. Dividende, obwohl der Reingewinn von 155 120 auf 280 835 M. gestiegen ist.

Die Essener Steinkohlenbergwerke A.-G. in Essen verteilen aus dem Reingewinn von 3,5 Millionen Mark (i. V. 2,8 Millionen Mark) die gleiche Dividende wie i. V., 10 Proz. Gleichzeitig beantragen sie eine Kapitalserhöhung von 6 Millonen Mark auf 25 Millionen Mark.

Die Deutschen Linoleumwerke Rixdorf, A.-G. in Berlin-Neukölln erhöhen ihre Dividende von 4 auf 7 Proz.

Die A.-G. H. A. Schulte, Eisenhandlung in Dortmund zahlt 7 Proz. Dividende (i. V. 6 Proz.).

Die Donnersmarckhütte, Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke A.-G. erhöhte ihre Dividende von 12 auf 18 Proz.

Die Nähmaschinen- und Fahrräder-Fabrik Bernh. Stoewer, A. G. in Stettin, kann ihren Aktionären, die im Vorjahre ohne Dividende blieben, für das verflossene Jahr 10 Proz. Dividende zahlen.

Die Ludwig Lehmann A. G., Wollwarenfabrik in Berlin, hat ihren Gewinn von 155 344 auf 478 055 M. verdreifacht. Sie wird ihre Dividende aber „nur" von 10 auf 15 Proz. erhöhen.

Die Wandsbeker Lederfabrik verdreifacht ihre Dividende von 10 auf 30 Proz.

Starke Beschäftigung der amerikanischen Werften.

Laut „Evening Mail (New York) vom 14. 2. sind die amerikanischen Werften bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Aufträge für weitere 85 Dampfschiffe konnten nicht plaziert werden, da die Fertigstellung nicht vor Ende 1917 versprochen werden konnte. Die Leistungsfähigkeit der Stahlwerke ist erschöpft. Nur mit 50 Proz. Aufpreis kann im Sommer Schiffbaustahl geliefert werden.

Die Höchstproduktion der amerikanischen Stahlwerke von 40 Millionen Tonnen im Jahre wird um 20 Proz. vergrößert, da aber 70 Millionen Tonnen verlangt werden, kann die Nachfrage nicht befriedigt werden.

Europäische Staats- u. Wirtschafts-Zeitung
Herausgeber: Staatsminister a. D. Freiherr von Frauendorfer, Professor Dr. Edgar Jaffé

Inhalt der zweiten Nummer vom 20. März 1916:
Innere und äussere Politik von ✡ ✦ Die allgemeine Lage Rumäniens, von Constantin Negruzzi, Bukarest ✦ Rumänische Politik von E. H. ✦ Die Kriegsziele unserer Feinde, von Prof. Fr. W. Frh. v. Bissing ✦ Australiens Beziehungen zum englisch-japanischen Bündnis, von Prof. Dr. Alfred Manes ✦ Auslandsdeutschtum, von Rechtsanwalt Hermann Weck ✦ Amerikanische Politik und amerikanische Finanzen, von E. Kahn ✦ Zur wirtschaftlichen Gestaltung des mitteleuropäischen Grossblockes, von Prof. Dr. Georg v. Mayr, Kaiserl. Unterstaatssekretär a. D. ✦ Die Stellung der deutschen Landwirtschaft zum Wirtschaftsverbande der Zentralmächte, von R. Arnstadt, M. d. R. ✦ Zur Vorgeschichte eines mitteleuropäischen Wirtschaftsbundes, von Prof. Dr. Walther Lotz ✦ Die Lebensmittelversorgung vom Standpunkt der Verbraucher, von Dr. Aug. Müller, Leiter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ✦ Ersatzstoffe der Textil-Industrie, von Prof. Arthur Weiss ✦ Wirtschafts-Archiv ✦ Zeitung der Zeitungen
Bezugspreis: Jahrg. 1916 Nummer 1–3 (März-Nummern) M. 1.25. Vom 1. April ab vierteljährlich 13 Nummern (von Nr. 4 ab) M. 5.50. Einzelhefte 50 Pfg. Zu bestellen bei jeder Buchhandlung, Postanstalt oder beim Verlag
Neue Deutsche Bücherei
Verlagsgesellschaft m. b. H.
München, Herrnstr. 10

Möbel-Angebot.
Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten D. 3 an die Expedition des „Vorwärts".
Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Cigaretten.
Vor der Steuererhöhung
Direkt ab Fabrik
1½ Pf. 100 Stück 0,85 M.
2½ „ „ „ 1,10 „
3½ „ „ „ 1,75 „
5 „ „ „ 2,80 „
Gute Qualitäten.
Geöffn. v. 8–8 Uhr, Sonntags bis 2 Uhr.
Bei Bestellungen von 20 M. an Versand franko geg. Nachnahme. Sendungen ins Feld nur gegen Voreinsendung des Betrages.
Cigarettenfabrik W. Schnur,
Berlin N 39, Chausseestr. 86, Fabrikgebäude, eine Treppe.

Knaben- und Jünglings-Anzüge, Paletots, Pyjaks, Konfirmations-Anzüge.
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Königstr. 55, I. Etage,
gegenüber Rathaus. Sonntag geschl.

In Freien Stunden
Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Leihhaus Moritzplatz 58a
kaufen Sie von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackett- und Rockanzüge, Paletots, Ulster, Serie I: 10–18 M., Serie II: 20–30 M., größtenteils auf Seide. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe, enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, Plüschmäntel, auf Seide, jetzt nur 20–35 M. Große Posten Pelzstolas in Skunks, Marder, Nerz, Füchsen, jetzt nur 20–75 M. Große Auswahl in Herren-Gehpelzen. Gelegenheitskäufe in Damen-, Reise- und Wagen-Pelzen. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen
Vorwärtsleser erhalten 10 % extra.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Die Reichstagssitzung.

37. Sitzung, Freitag, den 24. März 1916, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Solf, Dr. Helfferich, Kraetke.

Kleine Anfragen.

Abg. **Keinath** (natl.)

fragt, was der Reichskanzler zu tun gedenke, um baldmöglichst die durch die provisorische Preisregelung für Web-, Wirk- und Strickwaren geschaffene Unsicherheit zu beseitigen und eine den berechtigten Interessen der Gewerbetreibenden wie der Verbraucher gerecht werdende endgültige Regelung herbeizuführen.

Ministerialdirektor **Schallop**:

Die Bekanntmachung des Bundesrats sollte einem zu wucherischen Zwecken erfolgenden Einkauf von Textilwaren begegnen und hat diese Aufgabe vorläufig erfüllt. Der Erlaß war als Provisorium gedacht, die endgültige Regelung wird durch eine Verordnung des Bundesrats erfolgen, die wohl schon am 1. April in Kraft treten wird.

Abg. **Bassermann** (natl.)

fragt, ob der Reichskanzler Mitteilungen machen kann und will über die letzten Kämpfe in Kamerun und den Uebertritt der Schutztruppe auf neutrales Gebiet sowie über den Stand der kriegerischen Ereignisse in Deutsch-Ostafrika.

Staatssekretär des Kolonialamts Dr. **Solf**:

Die letzten amtlichen Nachrichten vom 11. November 1915 gaben der Hoffnung Raum, daß das Schutzgebiet sich noch längere Zeit würde halten können. Allerdings machte sich schon damals Munitionsmangel bemerkbar, der schließlich den Gouverneur zwang, das Schutzgebiet zu räumen und auf das neutrale Gebiet von Spanisch-Mumi überzutreten. Am 1. Januar 1916 sind feindliche Truppen in Jaunde eingedrungen, die Schutztruppe war über Molowo abmarschiert und konnte nicht abgeschnitten werden. So zeigen auch die letzten Kämpfe in Kamerun immer noch das Bild eines Sieges unserer Waffen. (Bravo!) Unter den auf spanisches Gebiet Uebergetretenen befindet sich der Gouverneur, 65 Offiziere, 22 Aerzte, 330 Unteroffiziere und Krankenwärter, 970 Soldaten, so daß es scheint, daß es allen Angehörigen der deutschen Wehrmacht gelungen ist, sich der Gefangennahme durch die Engländer und Franzosen zu entziehen. (Beifall.) In neuester Zeit ist es den Engländern gelungen, die Südafrikanische Union zur Entsendung eines Expeditionskorps zu veranlassen, wodurch die englische Streitmacht eine bedeutende Verstärkung erhalten hat. Der erste Zusammenstoß unserer Truppen am 12. Februar endete mit dem Rückzuge der Engländer unter starken Verlusten. In der letzten Woche scheint es dem Gegner aber gelungen zu sein, unsere am Kilimandscharo stehenden Truppen zurückzudrängen. Ein neuer Gegner ist im Süden durch den endgültigen Eintritt Portugals in den Krieg erstanden. Dem Schutzgebiet drohen Angriffe von allen Seiten, aber bisher haben unsere Truppen weit überlegene Kräfte zurückzuschlagen gewußt. Wir dürfen auch für die Zukunft der Tapferkeit unserer ostafrikanischen Schutztruppe vertrauen. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt

die erste Lesung des Etatsnotgesetzes.

Reichsschatzsekretär Dr. **Helfferich**:

Das Etatnotgesetz ist notwendig, weil der Etat nicht bis zum 1. April fertiggestellt werden kann. — Die **neue Kriegsanleihe** weist einen Betrag von 10,6 Milliarden auf, und zwar ohne die Feldzeichnungen und die Auslandszeichnungen. (Beifall.) Wie im September kann ich auch heute erklären, daß die Finanzierung des Krieges für ein weiteres halbes Jahr gesichert ist. (Wiederholter Beifall.) Was es bedeutet, daß ein Volk von nahezu 70 Millionen, durch völkerrechtswidrige Gewaltakte von der Außenwelt abgeschnitten und ganz auf eigene Kraft gestellt, im 21. Kriegsmonat dem Vaterlande abermals den riesigen Betrag von mehr als 10 Milliarden darbietet, kein Wort kann an die Größe dieser Tatsache heranreichen. (Lebhafte Zustimmung.) Das bedeutet, daß allen Feinden zum Trotz unsere Kraft ungebrochen ist, daß das deutsche Volk dem Feinde gegenüber keinen Zwiespalt kennt, sondern einmütig zusammensteht. Kein Wort ist stark genug, um allen zu danken, die dies Resultat herbeigeführt haben, vor allen den Millionen von Zeichnern, die auch diese Anleihe zu einer wahren Volksanleihe machen, sich selbst und dem Vaterland zur Ehre. (Wiederholter lebhafter Beifall.)

Abg. **Scheidemann** (Soz.):

Obwohl wir uns über unsere Stellung zum **Hauptetat** keineswegs schlüssig sind, stimmen wir dem Notetat zu. Ich erkläre das ausdrücklich, damit nicht die Ansicht aufkommen kann, als ob wir uns durch unsere Zustimmung bereits für die Zustimmung zum Hauptetat binden.

Abg. **Bassermann** (natl.):

Auch meine politischen Freunde stimmen der Vorlage des Notetats zu. Ich will der hohen Genugtuung Ausdruck geben über die Darlegungen des Schatzsekretärs. Die Vorlage selbst beantrage ich, an den Haushaltsausschuß zu verweisen.

Abg. Dr. **Spahn** (Z.) und Abg. Graf **Westarp** (k.) schließen sich dem Antrage auf Verweisung der Vorlagen an die Haushaltskommission an.

Abg. **Haase** (Soz.):

Im Notetat sehe ich mit einem Teil meiner Freunde einen Vertrauensakt für die Regierung und eine Vorwegnahme des ordentlichen Etats. (Abg. Scheidemann: Nein!) Meine Stellung zum Notetat ist deshalb abhängig zu der vom Hauptetat. Wie ich diesen ablehne, kann ich auch dem Notetat nicht zustimmen. (Sehr richtig! bei der Minderheit der Sozialdemokraten.) Für diese Frage kommt insbesondere in Betracht die Haltung der Regierung zu den wichtigsten Fragen der inneren und äußeren Politik. Wir haben gestern und vorgestern gesehen, was die Regierung unter der Neuorientierung auf finanzpolitischem Gebiete versteht. Es handelt sich dabei um eine einmalige mäßige Abgabe nicht einmal aus dem Vermögen, sondern aus dem Zuwachs, der in dieser Zeit gewaltig gestiegen ist, und auf der anderen Seite werden die Verbrauchs- und Verkehrssteuern hemmend wirken auf unser ganzes Leben und am letzten Ende dem Mittelstand und der Arbeiterklasse ungeheure Lasten bringen. Hier zeigt sich der Klassencharakter des Staates ebenso scharf in dieser Zeit wie vorher. Fast alle Parteien, nicht nur wir, haben seit Jahr und Tag darauf hingewiesen, daß die Regierung versagt hat. Wiederholt haben wir hervorheben müssen, daß die Regierung diejenigen Aufgaben, die ihr gestellt waren, in keiner Weise erfüllt hat. (Große Unruhe.) Wir haben es erlebt, daß Hunderte von Frauen und Männern frühmorgens zum Teil schon in der Nacht sich haben an die Läden drängen müssen und Stunden um Stunden warten, bis sie auch nur das allernotwendigste aller Lebensmitteln, die Kartoffeln, erhielten. Die Regierung hatte verkündet, daß sie nach den Erfahrungen des vorigen Jahres Wache stehen würde und daß Mißstände nicht wieder vorkommen würden. Das Gegenteil ist eingetreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Mißstände haben sich noch verschärft. In ihrer Folge ist eingetreten eine Unterernährung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Widerspruch rechts und große Unruhe.)

Präsident Dr. **Kaempf**:

Das ist eine neue Generaldiskussion über den Etat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Notetat!) Den stelle ich dem Etat gleich und eine allgemeine Diskussion über den Etat lasse ich nicht mehr zu, oder in ganz beschränktem Maße. An diese Abmachung müssen wir uns halten.

Abg. **Haase** (fortfahrend):

Es muß doch dem Redner beim Notetat die Möglichkeit gegeben sein, die Gründe für seine Ablehnung zu entwickeln. (Präsident **Kaempf**: Dabei brauchen Sie aber nicht auf eine Generaldiskussion überzugreifen.) Einige Momente werde ich wenigstens streifen müssen. Wir haben besondere Beschwerden erhoben gegen die Haltung der Regierung gegenüber dem freien Wort. Alle Versuche, die **Zensur** einzuschränken auf Mitteilungen rein militärischen Inhalts sind gescheitert. Die Zusicherung, die gegeben war, daß der Belagerungszustand nur aufrechterhalten werden soll bis zum Schluß der Mobilmachung, ist nicht gehalten worden. Nichts ist geschehen, um den Beschwerden abzuhelfen. Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist von der Regierung rühmend hervorgehoben worden. Aber bis heute hat die Regierung noch nicht die Zeit gefunden, die Bestimmungen aufzuheben, die den Gewerkschaften gegenüber den Charakter eines Ausnahmegesetzes haben. Das Vereinsgesetz ist hier in allen drei Lesungen angenommen worden. Aber auch dieses Gesetz zu verabschieden, hat die Regierung sich noch nicht verstanden. Sie erklärt, sie habe das nicht getan, weil sie nicht einen Kampf unter den Parteien entfesseln wollte. Der Grund ist nicht stichhaltig; denn ein Steuergesetz hat die Regierung eingebracht, das die Parteien in scharfe Kampfstellung gegeneinander bringt und das das Volk mehr aufregen wird, wie es Kämpfe über das Vereinsgesetz hätten tun können. Die Gleichberechtigung der Staatsbürger wäre wahrhaftig eine Forderung, die durchgesetzt werden könnte und werden müßte. Wenn man von Millionen verlangt, daß sie gleiche Pflichten erfüllen, wenn man die Gleichheit im Schützengraben immer wieder betont und fordert, so muß man auch darauf sehen, daß diejenigen, die jetzt schon in zwanzig Kriegsmonaten ihre schwere Pflicht erfüllt haben, wenn sie endlich zurückkehren, nicht als Staatsbürger minderen Rechts behandelt werden.

Und wohin steuert die auswärtige Politik der Regierung? Schon im März des vorigen Jahres habe ich ausgeführt, daß bei unserer günstigen militärischen Position

unsere Regierung die Verpflichtung hat, den anderen die Hand zum Frieden zu bieten.

Seitdem ist ein Jahr verflossen und noch ist ein Ende des menschenmordenden Krieges nicht abzusehen. In allen Ländern haben die Massen ihre Sehnsucht zum Frieden zu erkennen gegeben. Die Volksvertretung würde ihre Aufgabe verkennen, wenn sie sich nicht zum Dolmetsch dieses starken Friedenswillens macht, wenn sie sich eine Binde vor die Augen legte. Ein solches Verhalten würde sich auch schwer rächen. Auch die Politiker in den feindlichen Staaten werden immer mehr zu der Einsicht genötigt, daß unseren Heeren eine entscheidende Niederlage nicht bereitet werden kann. Aber alles spricht dafür, daß unser Heer durch seine Erfolge die Gegner nicht auf die Knie zwingen wird. (Stürmischer Widerspruch.) Zu mächtige Koalitionen stehen sich gegenüber, und am Schluß dieses fürchterlichen Ringens wird es wahrscheinlich weder Sieger noch Besiegte geben. (Lebhafter Widerspruch und Oho!-Rufe. — Präsident Dr. **Kaempf** mahnt den Redner zur Mäßigung.) Sie alle werden zugeben müssen, daß meine Darlegungen sehr wohl begründet sind. (Erneuter Widerspruch.) Wie auch das Ringen ausgehen mag, Europa geht einer Verarmung entgegen. Es ist hier hervorgehoben worden, daß die Bürger sich darauf werden einrichten müssen, allein vier Monate im Jahre zu arbeiten, um die Zinsen für die Kriegsanleihen aufzubringen und die Mittel zur Unterstützung der Kriegsinvaliden und der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen. Gestern ist darauf hingewiesen, daß es sogar dahin kommen kann, daß wir bis zu sechs Monaten im Jahre dafür arbeiten müssen. Was hat es auch vom Standpunkt der Befürworter und Anhänger des Krieges für einen Sinn, den Krieg fortzusetzen? Wir Sozialisten, die wir den Krieg verabscheuen und verhindern wollen ... (Erneuter stürmischer Widerspruch. Präsident Dr. **Kaempf** macht von neuem darauf aufmerksam, daß diese Ausführungen in die Generaldiskussion gehören und jetzt nicht gemacht werden dürfen.) Es darf nicht übersehen werden, daß, wenn wir nur die Unabhängigkeit des Reiches aufrecht erhalten wollen, wir schon Frieden haben würden. (Lebh. Widerspruch.) Für die sozialistischen Arbeiter ist es die herbste Tragik, daß sie, die die gemeinsame Idee der Völkersolidarität ... (Stürmische Unterbrechungen. Abg. **Kreth**: Kein deutscher Arbeiter denkt so! Stürmische Gegenrufe aus der sozialdemokratischen Minderheit. Gegenrufe rechts. Großer Lärm und neue Mahnung des Präsidenten zur Sache. Ruf rechts: Diese Hetzrede wollen wir nicht hören!) Sie wollen die Wahrheit nicht hören. Sie werden nicht bestreiten können, daß in den Kreisen der Kapitalisten, soweit sie nicht Nutznießer des Krieges sind, längst eingesehen wird, daß der Krieg eine falsche Rechnung ist. Man sollte annehmen, daß nur von kompletten Narren und gewissenlosen Menschen die Weltherrschaft angestrebt werden kann. (Stürmische Zurufe.)

Präsident Dr. **Kaempf**:

Es ist ganz unmöglich, in dieser Weise das Notetatsgesetz zu verabschieden. Wenn Sie weiter so allgemeine Ausführungen machen, muß ich Sie zur Sache rufen.

Abg. **Haase** (fortfahrend):

Keine Geschäftsordnung, die ich kenne, kann mich verhindern, meinen Standpunkt darzulegen. Aber ich will mich Ihrem Wunsche so weit wie möglich fügen. (Abg. **Keil** [Soz.]: Sie sprechen ohne unsere Zustimmung. — Stürmischer Beifall und Händeklatschen rechts, im Zentrum und bei den Liberalen, stürmische Gegenrufe der soz. Minderheit.) Der Abg. Keil hat durch Ihr Händeklatschen den Lohn für seine Tat dahin. (Abg. **Keil**: Eine Unehrlichkeit bleibt eine Unehrlichkeit! Heftige Rufe und Gegenrufe innerhab der soz. Fraktion.)

Da es mir nicht verstattet wird, auch nur im Umriß darzulegen, wie zurzeit die äußere politische Lage ist, und wie die große Massen des Volkes sich dazu verhalten, so werde ich bei anderer Gelegenheit darauf eingehen. Es wäre für das Haus aber doch zur Beurteilung der Lage sehr wichtig, zu erfahren, welche Treibereien nicht nur von den Frondeuren in der Wilhelmstraße, sondern ...

Präsident **Kaempf**:

Ich rufe den Redner zur Sache und werde das Haus sofort befragen, ob es ihm das Wort weiter verstatten will. (Abg. **Ledebour** [Soz.]: Belagerungspräsident!)

Abg. **Haase** (fortfahrend):

Infolge der Beschränkung der Redefreiheit, zu der bei der Sachlichkeit meiner Ausführungen kein Grund vorlag, muß ich das Wichtigste übergehen und nur noch sagen, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung sich selbst ihr Urteil gesprochen hat, weil sie nicht hat verhindern können nicht nur, daß in ihrem Schoße die Kriegsfurie geboren wurde, sondern ...

Präsident **Kaempf**

ruft den Redner zur Sache und befragt das Haus, ob es den Abg. Haase weitersprechen lassen will. Alle Parteien bis auf einen großen Teil der Sozialdemokraten stimmen für Entziehung des Wortes. (Rufe bei der Minderheit der Sozialdemokraten: Gegenprobe!)

Reichsschatzsekretär Dr. **Helfferich**:

Als Vertreter der Verbündeten Regierungen und als Leiter der Reichsfinanzen war ich leider genötigt, in Erfüllung meiner Pflicht den Ausführungen des Abg. Haase beiwohnen zu müssen. Andernfalls hätte ich selbstverständlich den Saal verlassen. (Lachen bei der soz. Minderheit.) Ich kann nur vor dem Hause und vor dem ganzen deutschen Volke mein tiefstes Bedauern und meine stärkste Entrüstung darüber aussprechen, daß ein Mann, der sich Vertreter des deutschen Volkes nennt (Stürmische Rufe bei der soz. Minderheit: Und ist! — Weitere Protestrufe — Gegenrufe rechts), ein Mann, der sich Vertreter des deutschen Volkes nennt, sich nicht scheut, Worte auszusprechen, die unseren Feinden in dieser ernsten Stunde Herzen und Rücken stärken müssen. (Stürmische Zustimmung; Protestrufe von der Minderheit der Sozialdemokraten.) Wenn jemand hier heute zu behaupten wagt, daß das deutsche Volk nach all den schweren Lasten, aber auch nach all den großen Erfolgen, die wir errungen haben, es an der Zuversicht fehlen lasse, daß wir siegen werden, so gibt es dafür keine Kennzeichnung, die scharf genug wäre. Wenn Sie wissen wollen, wie das Volk darüber denkt, so fragen Sie bei denen an, die soeben 10,6 Milliarden Kriegsanleihe gezeichnet haben und unter denen so viele Arbeiter und kleine Sparer sind. (Stürmische Zustimmung; Gegenrufe von der soz. Minderheit.) Das deutsche Volk hat damit gezeigt, daß es mit der Gesinnung des Abg. Haase nichts gemein hat. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen — andauernde Unruhe.)

Abg. **Scheidemann** (Soz.):

Ich hatte nicht die Absicht, bei Beratung dieses Notetats noch einmal das Wort zu nehmen. Nach der Ueberraschung, die auch für uns die Rede des Abg. Haase bedeutet (Hört! hört!), sehe ich mich aber doch genötigt, noch einige Worte zu sagen. Ich habe vorhin bereits gesagt, daß wir dem Notetat zustimmen unter Vorbehalt unserer Stellungnahme zum ordentlichen Etat. Wir stimmen dem Notetat zu in der Würdigung der Tatsache, daß wir dem jetzt zu Recht bestehenden Etat, dessen Fortsetzung dieser Notetat ist, im vorigen Jahre unsere Zustimmung gegeben haben. An Aenderungen in diesem Notetat sind lediglich die bereits erwähnten Hausbauten enthalten, von denen uns versichert ist, daß sie absolut notwendig sind und über die in der Budgetkommission zu beraten sein wird. Die Frage, ob wir dem ordentlichen Etat demnächst zustimmen können, wird abhängen von dem Verlauf und dem Ergebnis der Verhandlungen, die demnächst stattfinden. Das, was nach den Ausführungen des Abg. Haase hier bei dem Notetat besprochen werden müßte, Vereinsrecht, Lebensmittelfragen, Zensurfragen, Kriegsfragen, Friedensfragen, das sind alles Dinge in bezug auf die wir uns in unserer Fraktion vollständig einig waren und in Bezug auf die auch im Seniorenkonvent vollständige Einigung erzielt wurde, daß sie in den nächsten Tagen hier verhandelt werden sollen. (Lebhaftes Hört! hört!) Bei der Zustimmung zu diesem Notetat handelt es sich für uns jetzt nicht um die Frage des Vertrauens oder Mißtrauens gegenüber der Regierung. Darüber wird, wie gesagt, demnächst zu sprechen sein, wenn der ordentliche Etat zur Besprechung kommt. Für uns handelt es sich jetzt darum — oder ich will sagen für mich, denn ich konnte natürlich in dieser kurzen Zeit nicht eine einmütige Meinung innerhalb der Fraktion darüber herbeiführen — für mich handelt es sich in diesem Augenblick darum, die Fortführung der Reichsgeschäfte im Interesse des deutschen Volkes in dieser schweren Zeit, von der wir wünschen, daß sie bald durch einen dauernden Frieden zum Abschluß gebracht wird (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten) sicherzustellen. Bis der ordentliche Etat zur Vorlage kommt, werden wir mit der Regierung ja noch das eine oder andere zu reden haben. Ich will weiter erklären, daß wir, ich darf annehmen, die große Mehrzahl meiner Freunde, auch in dieser Stunde noch zu den Worten stehen, die Sie alle damals als Erklärung unserer Fraktion aus dem Munde des Herrn Abg. Haase (Lebhaftes Hört, hört!) gehört haben: „Wir machen wahr, was wir immer gesagt haben. In dieser Stunde der Not lassen wir unser Vaterland nicht im Stich." (Stürmischer Beifall bei der großen Mehrheit der Sozialdemokraten und im ganzen Haus und auf den Tribünen.)

Ein Schlußantrag wird angenommen, der Notetat wird der Bugetkommission überwiesen.

Abg. **Rühle** (b. keiner Frakt.) [zur Geschäftsordnung]:

Durch den Schluß der Debatte ist es mir unmöglich gemacht, in meinem Namen und im Namen meines Parteifreundes Liebknecht (Gelächter) zu erklären, daß wir diesen Notetat ablehnen, da für uns als Sozialdemokraten noch der alte Grundsatz gilt: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen. (Gelächter.)

Abg. **Haase** (Soz.) [bemerkt persönlich]:

Der Herr Schatzsekretär hat den Mut gehabt, anzuzweifeln, ob ich ein echter Volksvertreter bin. (Ruf rechts: Da hat er recht!) Dazu hat er keine Kompetenz. Nur das eine will ich sagen, daß diejenigen hier die besten Patrioten in allen Ländern zu sein scheinen und auch bei uns, die nach 20 Monaten blutigen Ringens der Verständigung der Völker (Große Unruhe. Glocke des Präsidenten) durch einen aufrichtigen Frieden das Wort reden. (Andauernde große Unruhe. — Abg. Dr. **David** (Soz.) ruft dem Redner zu: Ihre Politik verlängert den Krieg und dient dem feindlichen Ausland! — Von rechts und links weitere heftige Zwischenrufe. Die bewegten Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion gehen weiter. — Abg. **Hoch** wirft dem Abg. Haase in heftigen Worten vor, daß er gröbsten Disziplinbruch begangen habe, weil er der Fraktion von seiner Absicht, zu sprechen, vorher nicht Mitteilung gemacht habe. — Abg. **Sachse** ruft: Henke hat ihn angestachelt.)

Die Sitzung schließt, während die erregten Gruppen weiter debattieren.

Schluß: 12¼ Uhr.

Nächste Sitzung: heute 1¾ Uhr (zweite und dritte Beratung des Notetats).

•

37. Sitzung, Freitag, den 24. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Delbrück, Helfferich.

Das Etatnotgesetz wird ohne Erörterung in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen einer Anzahl Sozialdemokraten angenommen.

Der Präsident erhält die Ermächtigung, die nächste Sitzung einzuberufen, sobald genügender Beratungsstoff in den Ausschüssen fertiggestellt ist. Sie wird spätestens am 4. oder 5. April stattfinden.

Schluß der Sitzung 2¼ Uhr.

Nach dem Bericht der „Vossischen Zeitung“ spielten sich die Vorgänge nach der Bemerkung Haases gegen Dr. Helfferich folgendermaßen ab:

Großer Lärm. Die Abgg. David, Heine, Sachse, Scheidemann und andere umringen den Platz des Abg. Haase.

Abg. Dr. David (Soz.): Ihre Politik führt zur Verlängerung des Krieges! Sie dient dem feindlichen Ausland!

Abg. Sachse (Soz.) ruft Haase zu: Sie Feigling, Sie haben nicht den Mut gehabt, in der Fraktion Ihre Meinung zu sagen. Das ist ein niederträchtiger Ueberfall!

Auch Abg. Hoch, der zur Minderheit, aber nicht zur Gruppe der 20 der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehört, gerät mit den Abgeordneten Haase und Henke in eine scharfe Auseinandersetzung und macht ihnen die heftigsten Vorwürfe, wobei das Wort „Heimtücke“ fällt.

Abg. Sachse zum Abg. Henke (Soz.): Sie Feigling, Sie haben Haase zu dieser Niederträchtigkeit angestachelt!

Im Laufe des sich fortsetzenden stürmischen Streites auf den Bänken der Sozialdemokraten sieht man, wie der Abg. Scheidemann, zu den Vertretern der Minderheit gewendet, wiederholt mit nicht mißzuverstehender Geste den Finger an die Stirn führt. Der Lärm nimmt immer mehr zu; der Präsident kann sich nicht Gehör verschaffen.

Präsident Dr. Kaempf schließt mitten in diesem Lärm die Sitzung.

Preßstimmen.

„Berliner Tageblatt“:

„Schon zu Beginn der Sitzung, schon als der Staatssekretär des Reichskolonialamts die kleinen Anfragen beantwortete, hatte auf der äußersten linken Seite des Hauses sichtbare und von Minute zu Minute wachsende Aufregung geherrscht. Man sah die Abgeordneten Haase und Ledebour auf der einen, Scheidemann, Ebert und Südekum auf der anderen Seite in erregtestem Wortwechsel; die Abgeordneten drängten sich zusammen und gestikulierten lebhaft, kurz es zeigten sich bereits alle Symptome eines nahenden Sturmes. Und dann, als nach den Mitteilungen des Reichsschatzsekretärs und nach den kurzen Erklärungen der Parteiführer, die namentlich das Ergebnis der Kriegsanleihe mit freudigen und dankbaren Worten begrüßten, Haase die Tribüne bestieg, wurde die Situation dramatisch. Das stark besuchte Haus drängte sich in großen Mengen nach vorn, und schon die ersten Sätze des Redners wurden mit starker Unruhe aufgenommen. Scheidemann hatte, ausdrücklich ohne sich für den Hauptetat zu binden, die Zustimmung seiner Fraktion zum Etatsnotgesetz erklärt. Herr Haase widersprach, indem er unsere ganze militärische und wirtschaftliche Lage äußerst schwarz schilderte. Als er davon sprach, daß es in diesem Kriege weder Sieger noch Besiegte geben werde, daß wir niemals in der Lage sein würden, unsere Feinde endgültig auf die Knie zu zwingen, brach eine große Erregung los. Als er in diesem Zusammenhange von der „Völkersolidarität“ sprach, ging minutenlang alles in stürmischem Lärm unter. Der Lärm und die Verwirrung wurden noch größer, als die Abgeordneten Heine und Keil ihrem Parteigenossen zuriefen, er spreche ohne Zustimmung der Fraktionsmehrheit, habe also gar nicht das Recht, so zu reden.

Schließlich erlitt Herr Haase das Schicksal Liebknechts. Nachdem er immer und immer wieder zur Sache gerufen worden war, entzog ihm das Haus das Wort. Außer dem Reichsschatzsekretär nahm dann auch der Abgeordnete Scheidemann nochmals gegen Haase Stellung. Unter stürmischem Beifall versicherte er, daß auch die deutsche Sozialdemokratie in der Stunde der Not das Vaterland nicht im Stiche lassen werde. Nun aber wiederholten sich die stürmischen Szenen, Szenen, wie sie im Deutschen Reichstage zum Glück außerordentlich selten sind, ja, wie sie vielleicht noch niemals vorher in diesem Saale gesehen worden sind. Haase nahm noch einmal das Wort, um sich gegen den Staatssekretär zu wehren. Aber seine eigenen Parteigenossen umdrängten ihn, und es sah eine Weile so aus, als würde es in jeder Sekunde zu Tätlichkeiten kommen. Alles schrie und wütete durcheinander, und dem Präsidenten blieb schließlich nichts übrig, als mitten im wildesten Toben die Sitzung zu schließen und eine neue Sitzung auf ½2 Uhr einzuberufen.“

„Vossische Zeitung“:

„Herr Haase wollte kund und zu wissen tun, daß er und seine engere Sippe gegen das Notetatsgesetz stimme, und er wollte begründen, weshalb sie das täten. Zunächst weiterte er nur gegen die Steuerpolitik und die Kriegswirtschaft der Regierung. . . . Herr Haase aber hatte den Hauptstreich noch nicht ausgeführt: das war die Kritik an der auswärtigen Politik der Regierung, was soviel bedeutete, wie eine neue Entwicklung des von der Minderheit der sozialdemokratischen Partei dem Kriege gegenüber eingenommenen Standpunktes. Er erging sich dabei in Wendungen, die jedem Deutschen, der seine fünf Sinne beisammen und das Herz auf dem rechten Fleck hat, das Blut in Wallung bringen und die Schamröte ins Gesicht treiben mußte; die Schamröte darüber, daß ein so ungeheuerliches Maß von Unverstand und Mangel an Erkenntnis der gegebenen Sachlage sich im Deutschen Reichstage breit machen konnte.“

„Kreuz-Zeitung“:

„Zur Begründung seines Standpunktes machte Herr Haase über die inneren Zustände unseres Landes Redensarten, die durch ihre Uebertreibungen und ihren verhetzenden Ton nur den Zweck und Erfolg haben konnten, die Massen zu verhetzen und aufzupeitschen, bei den Feinden aber den Eindruck hervorzurufen, als wären wir im Innern am Ende unserer Kraft. . . . Aber damit nicht genug. Der Abgeordnete Haase richtete an die Regierung die Aufforderung, sofort Frieden zu schließen, weil wir unsere Feinde doch nicht besiegen könnten, und gab damit ein Zeugnis elender und jämmerlicher Schwäche, das allerdings nur seine Person trifft. Er fügte weiter hinzu, für die Arbeiter, die im Felde ständen, sei es besonders schmerzlich, daß sie die Waffen gegen die anderen Mitglieder der Internationale erheben sollten, die ihnen infolge der Gemeinsamkeit der Ideale besonders nahe ständen. Den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit — einer Vaterlandslosigkeit, die in der Stunde des schwersten Daseinskampfes des eigenen Vaterlandes sich hervordrängt, wird er nicht wieder von sich abwälzen können. . . .

Wir haben uns bisher nicht in die Frage eingemischt, ob die verschiedenen Richtungen der sozialdemokratischen Fraktion sich voneinander trennen werden, und denken es auch ferner nicht zu tun. Das eine muß aber ausgesprochen werden: solange die sozialdemokratische Partei das Schwergewicht einheitlich in die Wagschale wirft, welches ihr aus der Zugehörigkeit der Haase und Genossen in den Parlamenten und in der Organisation im Lande erwächst, solange sie sich die Möglichkeit offen hält, nach dem Frieden auch mit dieser Minderheit wieder zusammenzugehen, so lange genügen weder Aeußerungen wie die heutige des Abgeordneten Scheidemann, noch die anschließenden Lärmszenen, um die Partei als Ganzes von der Verantwortung für das Verhalten des Herrn Haase und seiner Freunde zu entlasten.

Das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft steht nicht hinter diesen vaterlandslosen Anhängern der Internationale; es steht da, wo die Fahnen seiner Truppen wehen.“

„Deutsche Tageszeitung“:

„Und nun nahm Abg. Haase das Wort zu einer nach Ton, Form und Inhalt gleich greulichen Hetzrede, wie wir sie im Deutschen Reichstage während des Krieges nicht für möglich gehalten hätten. Das Aeußere des Redners, seine abschreckend häßliche, schreiende Stimme, sein ganzes würdeloses Gebaren steigerten den widerlichen Eindruck ins Unerträgliche. Was er sagte, trug das Gepräge der Vaterlandslosigkeit und streifte hart an wirklichen Vaterlandsverrat. . . . Drohende, geballte Fäuste reckten sich gegen ihn empor, zorngerötete Gesichter bekundeten die gewaltige Erregung. Endlich machte das Haus dem Treiben ein Ende, indem es auf die geschäftsordnungsmäßige Frage des Präsidenten, ob es den vaterlandslosen Burschen noch weiter hören wolle, durch Abstimmung bekundet, daß es diesen Wunsch nicht hege. Unter tosendem Lärm verließ Haase das Rednerpult, zu dessen Verlassen er auch von vielen „Parteifreunden“ in der grobvolkstümlichsten Weise mehrfach aufgefordert worden war. . . . Der Abg. Scheidemann stellte den Haase von heute dem Haase vom 4. August 1914 gegenüber, und der „kleine Liebknecht“, der Abg. Rühle, glaubte der erstaunten Welt und dem lachenden Hause verkünden zu sollen, daß er mit Liebknecht unentwegt diesem System keinen Mann und keinen Groschen bewilligen werde. Haases Versuch, dem Staatssekretär zu entgegnen, erstickte am eigenen Gifte im Keime und unter dem zornigen Lärm seiner Parteigenossen, deren drohende Fäuste ihm zum Teil sehr nahe vor der Nase herumfuchtelten. Von dem Hasse, der in der Partei der Brüderlichkeit durch Worte und Gebärden, durch Drohungen und eindeutige Bewegungen zum Ausdruck kam, macht man sich kaum einen Begriff. Ob derartige „Brüder“ beisammen bleiben können?“

„Berliner Lokalanzeiger“:

„Aber wie gestern, gelüstete es auch heute einen Vertreter der sozialdemokratischen Minderheit, einen Flecken auf das schöne Bild der Geschlossenheit und Einigkeit zu werfen. Herr Haase machte unter dauerndem, sich stetig steigerndem Unwillen der Mehrheit den Versuch, entgegen allen Abmachungen unter den Parteien und innerhalb der eigenen Fraktion, Erörterungen über Politik und Krieg anzustellen, die nur bewiesen, daß er jedes deutschen Gefühls bar ist. Nach kurzer Zeit wurde ihm gegen die Stimmen des kleinen Häufleins seiner Anhänger das Wort entzogen. Aber der Sturm war damit nicht beschworen. Dr. Helfferich trumpfte den Mann, der sich auch „Vertreter des deutschen Volkes“ nennt, unter dauernder begeisterter Zustimmung des Hauses gehörig ab, und die eigenen Genossen, die schon vorher durch Zwischenrufe zur Kennzeichnung seines Vorgehens die Mehrheit zu stürmischen Beifallskundgebungen fortgerissen hatten, überschütteten Herrn Haase mit einem Hagel von Vorwürfen, die ein Ehrenmann mit klarem Bewußtsein nicht ertragen könnte. Das Beste aber tat Herr Scheidemann. Er erinnerte daran, daß gerade der Abgeordnete Haase am 4. August 1914 die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion abgegeben habe, und fügte hinzu, daß die Sozialdemokratie noch heute auf dem Boden dieser Erklärung steht: Die Sozialdemokratie verläßt in der Stunde der Not nicht das Vaterland. Dadurch wurde Herr Haase wahrlich treffend gezeichnet. Ihm liegt nichts daran, das Vaterland in der Stunde der Not zu verlassen; es bleibt nur die Frage: Wie lange wird die Mehrheit der Sozialdemokraten es noch für angängig halten, mit ihm in Gemeinschaft zu leben?“

„Tägliche Rundschau“:

„Abg. Haase benutzt die so erschlichene Gelegenheit zu einer Kundgebung gegen unsere Kriegführung, die man glatt als hochverräterisch bezeichnen muß. Ueber den Beschluß des Seniorenkonvents, eine allgemeine Auseinandersetzung bei der Haushaltsberatung diesmal nicht stattfinden zu lassen, setzt er sich unter dem Vorwand hinweg, daß es sich hier um das Notgesetz und nicht den eigentlichen Haushalt handle. Leider zeigt sich der Präsident der Lage nicht annähernd gewachsen. Er scheut sich offenbar, den Führer der Partei so zu behandeln, wie er es Liebknecht oder Hoffmann gegenüber unbedenklich getan hätte, und erschöpft sich in langen Zureden, ehe er den Redner endlich zur Sache ruft. Ehe es geschäftsordnungsmäßig soweit ist, daß diesem das Wort entzogen werden kann, kommt es zu fürchterlichen Skandalen, vor allen Dingen innerhalb der Reihen der Genossen selbst. Als Keil ruft: Haase spreche ohne Zustimmung der Partei, klatscht ihm das ganze Haus stürmisch Beifall.“

Erhöhung der Strafen für Lebensmittelwucher.

Der Bundesrat hat eine wesentliche Verschärfung der Strafen gegen Höchstpreisüberschreitungen, Lebensmittelwucher und Zurückhaltung beschlossen: künftig wird auf Geldstrafen bis zu 10 000 Mark und auf Gefängnis bis zu einem Jahr erkannt werden können. Insbesondere soll fortan die zu erkennende Geldstrafe grundsätzlich auf das Doppelte des erzielten Gewinnes bemessen werden. Die Verordnung hat folgenden Wortlaut:

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen wird bestraft: 1. wer die festgesetzten Höchstpreise überschreitet; 2. wer einen anderen zum Abschluß eines Vertrages auffordert, durch den die Höchstpreise überschritten werden, oder sich zu einem solchen Vertrag erbietet; 3. wer einen Gegenstand, der von einer Aufforderung betroffen ist, beiseiteschafft, beschädigt oder zerstört; 4. wer der Aufforderung der zuständigen Behörde zum Verkaufe von Gegenständen, für die Höchstpreise festgesetzt sind, nicht nachkommt; 5. wer Vorräte an Gegenständen, für die Höchstpreise festgesetzt sind, dem zuständigen Beamten gegenüber verheimlicht; 6. wer den erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

Bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen Nr. 1 oder 2 ist die Geldstrafe mindestens auf das Doppelte des Betrages zu bemessen, um den der Höchstpreis überschritten worden ist oder in den Fällen der Nr. 2 überschritten werden sollte; übersteigt der Mindestbetrag 10 000 M., so ist auf ihn zu erkennen. Im Falle mildernder Umstände kann die Geldstrafe bis auf die Hälfte des Mindestbetrages ermäßigt werden. Bei Zuwiderhandlungen gegen Nr. 1 und 2 kann neben der Strafe angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist; auch kann neben Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Ein weiterer Artikel bestimmt:

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft: 1. wer für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungs- und Futtermittel aller Art, für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe sowie für Gegenstände des Kriegsbedarfs Preise fordert, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, insbesondere der Marktlage, einen übermäßigen Gewinn enthalten, oder wer solche Preise sich oder einem anderen gewähren oder versprechen läßt; 2. wer Gegenstände der unter Nr. 1 bezeichneten Art, die von ihm zur Veräußerung erzeugt oder erworben sind, zurückhält, um durch ihre Veräußerung einen übermäßigen Gewinn zu erzielen; 3. wer, um den Preis für Gegenstände der unter Nr. 1 bezeichneten Art zu steigern, Vorräte vernichtet, ihre Erzeugung oder den Handel mit ihnen einschränkt oder andere unlautere Machenschaften vornimmt; 4. wer an einer Verabredung oder Verbindung teilnimmt, die eine Handlung der in Nr. 1 bis 3 bezeichneten Art zum Zwecke hat; 5. wer zu Handlungen der in Nr. 1 bis 3 bezeichneten Art auffordert, anreizt oder sich zu Handlungen solcher Art erbietet, soweit nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist.

Bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen Nr. 1 ist die Geldstrafe mindestens auf das Doppelte des übermäßigen Gewinnes zu bemessen, der erzielt worden ist oder erzielt werden sollte; übersteigt der Mindestbetrag zehntausend Mark, so ist auf ihn zu erkennen. Im Falle mildernder Umstände kann die Geldstrafe bis auf die Hälfte des Mindestbetrages ermäßigt werden.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht. Neben Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Neben der Strafe kann ferner angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen ist.

Diese Verordnung tritt am 1. April 1916 in Kraft.

Wir bezweifeln, daß diese neue Verordnung an den gegenwärtigen Verhältnissen viel ändern wird. Eine gründliche Bekämpfung der Uebervorteilungen durch einzelne ist nur durch systematische Regelung der Produktion und Verteilung (insbesondere Beschlagnahme) möglich.

Politische Uebersicht.

Die vierte Kriegsanleihe.

Amtlich. Die Zeichnungen auf die vierte Kriegsanleihe belaufen sich nach den bisher vorliegenden Meldungen auf rund zehn Milliarden sechshundert Millionen Mark. Teilanzeigen, die das Ergebnis noch etwas erhöhen werden, stehen noch aus. Auch die Feldzeichnungen und Zeichnungen aus dem überseeischen Ausland sind darin noch nicht enthalten. — Das deutsche Volk hat damit für die Kriegszwecke in zwanzig Monaten gegen 36½ Milliarden Mark an langfristiger Anleihe aufgebracht.

Aus dem Seniorenkonvent des Reichstags.

Im Seniorenkonvent des Reichstags kam man überein, daß nach der Freitagsitzung eine Vertagung der Plenarsitzungen bis zum 4. oder 5. April stattfinden solle. An diesem Tage soll dann die auswärtige Politik auf die Tagesordnung kommen, die bis dahin in der Budgetkommission beraten sein wird. Außerdem wurde der Wunsch ausgesprochen, daß sobald als möglich der versprochene Entwurf über das Reichsvereinsgesetz und über die Altersrente eingebracht werde, um die Angelegenheit im Reichstage rasch zu erledigen. Ferner wurde vereinbart, daß die Osterferien am 14. April beginnen und bis zum 2. Mai dauern.

Ballin und der U-Bootkrieg.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ schreibt: Nachdem in der letzten Zeit wiederholt der Name des Generaldirektors Ballin in gehässiger Weise in Verbindung gebracht worden ist mit den gegenwärtigen Differenzen bezüglich des U-Bootkrieges, wie auch mit dem Abschied des Großadmirals v. Tirpitz, hat nunmehr Ballin auf eine Anfrage dem „Hamburger Fremdenblatt“ erwidert, daß auch ihm ähnliche und andere böswillige, erfundene Mitteilungen zugegangen sind. Speziell hatte ein Provinzblatt sogar unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung unter dem Einfluß Ballins handele; Ballins Haltung sei aber weiter bestimmt durch den Umstand, daß wertvolles Schiffsmaterial der Hamburg-Amerika-Linie im Falle von politischen Schwierigkeiten mit den Vereinigten Staaten verloren gehen könne. Auf diese ungeheuerliche Beschuldigung erwidert Ballin, daß die in diesem Artikel angedeutete Vermutung über seine direkte oder indirekte Mitwirkung bei dem Erlaß der letzten Note in Sachen der beabsichtigten Torpedierung von bewaffneten Handelsschiffen durchaus unzutreffend ist. „Mir war,“ so heißt es in der vom „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlichten Erklärung Ballins weiter, „von einer solchen Absicht nichts bekannt und ich bin durch den Wortlaut der Note ebenso überrascht worden wie jeder andere Zeitungsleser. Daß ich mich bei der Beurteilung großer nationaler Fragen von geschäftlichen Interessen leiten ließe, ist eine niedrige Verdächtigung, die ich nur mit Verachtung zurückweisen kann, ebenso wie ich nur hoffen kann, daß eine Regierung, die solchen verwerflichen Einflüssen zugänglich wäre, von ihrem Platz vertilgt werden würde!“

Mit welchen Empfindungen Ballin den Rücktritt des Großadmirals v. Tirpitz aufgenommen hat, dürften wir, schreibt das „Hamburger Fremdenblatt“, aus dem Schlußsatze eines Briefes entnehmen, den Ballin vor einigen Monaten, als das Gerücht auftauchte, Exzellenz v. Tirpitz wolle zurücktreten, an diesen gerichtet hat. Dieser Schlußsatz enthielt folgende Worte: „Sie haben, hochverehrte Exzellenz, nach diesem Krieg noch große Arbeit vor sich, eine Arbeit, die Ihnen die höchste Befriedigung bereiten und Ihr Werk erst vollenden wird.“ (W. T. B.)

Annahme des Etats in Hessen.

In der Zweiten Kammer des hessischen Landtags ging am Freitag die Budgetberatung zu Ende. Folgende von allen Parteien vereinbarte Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Regierung wird ersucht, nach Beendigung des Krieges eine Revision des Einkommensteuergesetzes in der Richtung einer sozialen Ausgestaltung namentlich durch gesetzlichen Ausbau des Kinderprivilegs und einer Verstärkung der Progression, zugleich unter Entlastung der unteren Einkommensklassen in die Wege zu leiten.“ — Die Sozialdemokraten und Fortschrittler zogen darauf ihre Steueranträge zurück.

Angenommen wurde einstimmig der Antrag des Ausschusses auf Erhöhung der Einkommensteuer um 12 Proz. (unter Freilassung der untersten Steuerklassen von der Erhöhung und unter Erhöhung der Vermögenssteuer von 25 Pf. auf 1 M. pro Tausend).

Vor der Abstimmung über das Finanzgesetz erklärte der Abg. Ulrich im Namen der sozialdemokratischen Fraktion: „Nachdem wir während der Verhandlungen zu den einzelnen Kapiteln unseren Standpunkt gewahrt haben, werden wir nicht gegen das Finanzgesetz stimmen; doch geschieht dieses, weil die Regierung erklärt hat, daß die Zugehörigkeit zu unserer Partei nicht mehr als ein Grund der ungleichen Behandlung gelten soll, und zwar sowohl in der Bestätigungsfrage als auch in anderen Fragen, insbesondere auch in der Frage der Beihilfen der Arbeiterjugend- und Turnvereine. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der theoretischen Erklärung der Regierung auch die praktische Durchführung folgen wird.“

Gerstenverwertung.

Die Gerstenverwertungsgesellschaft m. b. H. erläßt nachstehende Bekanntmachung:

Trotz der Bundesratsverordnung vom 17. Januar d. J., in welcher bestimmt ist, daß der Höchstpreis für Gerste vom 15. März ab wieder auf 30 M. per 100 Kilo zurückgeht, besteht für den Landwirt auch heute noch die Möglichkeit, seine Vorräte an Gerste zu wesentlich höheren Preisen, nämlich zu 36—40 M. per 100 Kilo auf Gerstenbezugsschein an die Gerstenverwertungsgesellschaft m. b. H. abgeben zu können.

Die G. V. G. hat bekanntlich alle Brauereien, Graupenmühlen, Preßhefe- und Malzkaffeefabriken sowie Brennereien zu versorgen, also durchweg Betriebe, die einen sehr großen Teil ihrer Erzeugnisse der Heeresverwaltung zur Verfügung stellen müssen.

Die Lieferung der Gerste auf Gerstenbezugsscheine bringt, wie schon erwähnt, dem Landwirt einen Vorteil von 6,— bis zu 10,— M. per 100 Kilo und ist außerdem ein unbedingter Schutz gegen Enteignung.

Jeder Kommunalverband hat monatlich nach den Vorschriften der Gerstenverwertungsgesellschaft die aus seinem Bezirk herausgegangene Gerstenmenge anzuzeigen. Es ist also der in Frage kommenden Behörde wohl bekannt, in welchen Bezirken die Landwirte mit der Ablieferung noch im Rückstande sind, und es ist durchaus falsch, zu glauben, die Behörde werde nicht unbedingt auf Ablieferung des beschlagnahmten Teiles bestehen.

Auch aus der zweiten für den Kommunalverband beschlagnahmten Hälfte darf bekanntlich Gerste an die G. V. G. zum erhöhten Preise verkauft werden.

Im eigenen Interesse eines jeden Landwirts, dem Gerstenvorräte gegenwärtig noch zur Verfügung stehen, ersuchen wir hiernach um baldmöglichstes Angebot an unsere zuständigen Kommissionäre.

Gersten-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H.,
Berlin W 8, Wilhelmstr. 69a.

Wozu die Irreführung?

Im halbamtlichen „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen" war am 4. März 1916 gegenüber der Forderung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen nach einer Rückgängigkeitmachung der Freigabe von 900 000 Doppelzentner Brotgetreide zur Schnapsbereitung u. a. behauptet worden: „Die zugewiesene Menge wird schon jetzt im wesentlichen verbrannt sein". Nun schreibt unter dem 18. März eine der landwirtschaftlichen „Deutschen Tageszeitung" nahestehende „amtliche Stelle": „Bisher sind (von den 45 000 Tonnen. Die Schriftleitung.) 8000 Tonnen der Kornspirituszentrale zugewiesen worden". — Das bedeutet also glücklicherweise den fünften Teil, so daß die übrigen vier Fünftel vor dem gemeinschädlichen Verbrennen bewahrt werden können und natürlich müssen. Man muß aber denn doch die Frage aufwerfen, was eigentlich mit dieser Beschwichtigungstaktik erreicht werden sollte, die durch diesen peinlichen Widerspruch zwischen halbbezw. ganzamtlichen Stellen Schiffbruch gelitten hat. Die Oeffentlichkeit hat ein begründetes Anrecht auf schnellste Aufklärung.

Großstädtische Kartoffelsorgen.

Nach einer Erhebung des Münchener Bezirksausschusses für Konsumenteninteressen gab es dort bei völlig ungenügender Gesamtversorgung vom 16. bis 18. März 1916 in 89 Geschäften gar keine Kartoffeln, in nur 9 Geschäften Kartoffeln zum alten Preise von 4,2 Pf., dagegen in 152 Geschäften Kartoffeln zum Preise von 6,5 Pf. das Pfund. Die Erklärung dafür, daß trotz nachweislichen Fehlens einer Zufuhr von außen auf einmal wieder Kartoffeln zu haben sind, liegt ausschließlich in der Vermutung, daß zum größten Teil aus alten Beständen zu neuen (erhöhten) Preisen verkauft wird.

Ein Bekenntnis.

In der Zweiten hessischen Kammer erklärte der bündlerische Abgeordnete Oekonomierat Breidenbach, die Bestände an Kartoffeln hätten nur deshalb nicht richtig ermittelt werden können, weil die Preise nicht hoch genug gewesen seien; jetzt, wo der Doppelzentner 9,60 M. koste, liebe sich ganz leicht ein wesentliches Mehr feststellen. Dieses offene Bekenntnis eines Großgrundbesitzers rief in den Parteikreisen des Redners Bestürzung hervor. Der Abg. Adelung (Soz.) stellte aber sofort fest, daß die Tatsachen dem Abg. Breidenbach recht gegeben.

Sperre des Vermögens landesflüchtiger Personen.

Der Bundesrat hat über die Sperre und Anmeldung des Vermögens von landesflüchtigen Personen folgende Verordnung erlassen:

Die Vorschriften der Verordnung über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 finden auf das Vermögen von Personen, die auf Grund des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes der deutschen Staatsangehörigkeit verlustig erklärt worden sind, mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß die Landeszentralbehörden bestimmen, ob und nach welchen Vorschriften das Vermögen anzumelden ist. Die Landeszentralbehörden können in Einzelfällen diese Vorschriften auch auf das Vermögen im Ausland sich aufhaltender Deutschen für anwendbar erklären, welche einer vom Kaiser angeordneten Aufforderung zur Rückkehr keine Folge geleistet haben. Die Anordnung kann zurückgenommen werden. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Mobilisationsunkosten der Schweiz.

Nach der Erklärung des Finanzministers Bundesrat Motta betragen die Mobilisationsunkosten der Schweiz bis Ende Februar 476 Mill. Frank, also rund eine halbe Milliarde. Dazu kommen mit jedem Tage, solange nicht der europäische Frieden wieder hergestellt ist und auch in der Schweiz der normale Zustand wieder eintritt, weitere Millionen, die auch die Finanzlage des Bundes immer schwieriger gestalten. Wie schwer wird es dann erst halten, Mittel für sozialpolitische Zwecke, so z. B. für die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung, zu erlangen!

Vermehrte Einbürgerung von Ausländern in der Schweiz.

Der Krieg hat zahlreiche Ausländer in der Schweiz veranlaßt sich das Schweizer Bürgerrecht zu erwerben, um so, wenn militärpflichtig, die Befreiung vom ausländischen Militärdienst zu erlangen, auf jeden Fall aber eigene Söhne davor zu bewahren. Manche Ausländer, die vor dem Kriege das für die Einbürgerung notwendige Geld reute und die deshalb den Schritt unterließen, haben sich nun beeilt, das Versäumte nachzuholen. Vielen fehlten nach wie vor die Mittel dazu und sie mußten in ihr Vaterland zum Militär- und Kriegsdienst einrücken, wo inzwischen schon mancher von ihnen dem Kriege zum Opfer gefallen ist. Ausländer, die erst kürzere Zeit in der Schweiz waren, konnten im Augenblick nicht an die Einbürgerung denken, da ein mindestens zweijähriger Aufenthalt in der Schweiz die gesetzliche Voraussetzung für die Einbürgerung ist. Manche Behörden bereiteten der Einbürgerung auch sonstige Schwierigkeiten, so daß zahlreiche Bürgerrechtsbewerber abgewiesen wurden. Trotzdem erwarben im Jahre 1915 von 5830 Gesuchstellern (1914: 4040) 4002 (2431) Ausländer mit 2653 Frauen und 5252 Kindern, zusammen 11 907 Personen, das Schweizer Bürgerrecht. Von den eingebürgerten Gesuchstellern waren 2114 Deutsche, 651 Italiener, 465 Oesterreicher und Ungarn, 270 Franzosen, 80 Russen, 21 Engländer, 9 Türken, 9 Amerikaner (Ver. Staaten) usw. Eine wahrhaft internationale Gesellschaft, das vereinigte Europa im Kleinen. Das vereinigte Europa im Großen ist ebenso möglich!

Soziales.

Die Unfallversicherung im Jahre 1914.

Der Krieg, der die Arbeiter aus den Fabriken nahm und den Betrieb überall einschränkte, hat auch die Unfallziffer zurückgehen lassen. Die Zahl der Unfälle, für die im Jahre 1914 zum erstenmal Entschädigungen gezahlt wurden, beläuft sich auf 124 086 gegen 139 633 im Vorjahre, es ist also eine nicht unerhebliche Abnahme zu verzeichnen. Darunter waren 9401 Unfälle mit tödlichem Ausgang und 763 Unfälle mit der Folge einer dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit. Die Zahl der von tödlich verletzten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten, die im Jahre 1914 die erste Rente erhalten haben, beträgt 18 953 gegen 20 608 im Jahre 1913. Darunter befinden sich 6104 Witwen, 12 473 Kinder und Enkel und 376 Verwandte in aufsteigender Linie. Die Anzahl aller im Jahre 1914 überhaupt gemeldeten Unfälle beträgt 704 973 gegen 789 373 im Jahre 1913. Diese Riesenzahlen beziehen sich auf 117 Berufsgenossenschaften, 191 staatliche Ausführungsbehörden und 372 Ausführungsbehörden von Gemeinden und Gemeindeverbänden, zusammen 563 Ausführungsbehörden. An Renten wurden gezahlt 177 788 763,53 M. gegen 175,8 Millionen Mark im Jahre 1913. Die Gesamtausgaben der 117 Berufsgenossenschaften belaufen sich auf 205 480 380 M., denen als Einnahmen 200 233 924 M. gegenüberstehen. Unter den Ausgaben befinden sich 852 072 M. für die Kosten des Rechtsganges, 2½ Mill. Mark für die Unfallverhütung, 18,3 Mill. Mark für laufende Verwaltungskosten, 2,3 Mill. Mark für die besondere Verwaltung und 7,4 Mill. Mark an Zuschlägen und Ergänzungen für die Rücklagen.

Der Vermögensbestand der Berufsgenossenschaften belief sich am Schluß des Jahres 1914 auf 580 023 898 M.; er weist gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von fast 4 Mill. Mark auf.

Ein verirrter Fünfmarkschein.

In der Konfektionsindustrie kommt es nicht selten vor, daß Heimarbeiter aus irgendeinem Grunde die ihnen übertragene Arbeit unfertig abliefern. Meistens verweigert der Arbeitgeber dann die Zahlung des Lohnes und hinterher gibt es vor dem Gewerbegericht einen Streit darum, welcher Teil des vereinbarten Stücklohnes auf die unfertig gelieferte Arbeit zu zahlen ist. Ein derartiger Fall veranlaßte gestern eine sehr lange und umständliche Verhandlung vor der Kammer 1 des Gewerbegerichts.

Die Klägerin hatte für den Fabrikanten Kober einen Posten Blusen zu nähen, die sie nicht fertig machen konnte, weil Kober die dazu erforderlichen Spitzenkragen nicht rechtzeitig lieferte. Die Rechtslage komplizierte sich noch dadurch, daß Kober die Klägerin angewiesen hatte, die Blusen bis zum Eintreffen der Kragen liegen zu lassen und inzwischen andere Blusen zu machen, die er ihr mitgab, und auf diese Arbeit 12 M. Vorschuß zahlte. Die Klägerin nahm auch die neue Arbeit an, schickte sie aber unangefangen wieder zurück, weil ihr der vereinbarte Lohn zu gering schien. — Die Klägerin fordert nun Bezahlung der an den ersten Blusen geleisteten Arbeit, die sie unfertig zurückgeschickt hatte. Nach langen Verhandlungen und komplizierten Berechnungen kam das Gericht zu dem Ergebnis, daß die Klägerin dafür 12 M. zu fordern, andererseits aber vom Beklagten die als Vorschuß bezeichneten 12 M. erhalten, also keine Ansprüche mehr habe. Die Klägerin sprach aber von 5 M., die sie noch zu bekommen habe. Der Beklagte ließ die Bemerkung fallen, die 5 M. habe ihm ja die Klägerin als Abzahlung auf den erhaltenen Vorschuß ins Haus geschickt. — Diese Angabe rief am Richtertisch allgemeine Verwunderung hervor. Schließlich klärte sich der Vorgang so auf: Die Klägerin schickte einen kleinen Jungen mit einem Fünfmarkschein und dem Auftrage, dafür Hohlsaum zu kaufen, nach einem Geschäft. Der Junge verstand den Auftrag falsch. Er ging zu Kober, zu dem er schon öfter Botengänge für die Klägerin verrichtet hatte, zeigte das Geld vor und forderte Hohlsaum. Den bekam er nicht. Aber Kober steckte vergnügt schmunzelnd den Fünfmarkschein in die Tasche. Vor Gericht erklärte Kober, er habe geglaubt: „Nun, das ist eine anständige Frau. Schickt mir auf mein Darlehn eine Abzahlung von 5 M." — Mit ungläubigem Lächeln wurde diese harmlose Erklärung entgegengenommen. — Schließlich zahlte Kober an Gerichtsstelle die 5 M. an die Klägerin zurück und damit war der Fall, der das Gericht fast eine Stunde beschäftigt hatte, erledigt.

Soziale Reformvorschläge im amerikanischen Kongreß.

Das einzige sozialdemokratische Mitglied des Kongresses der Vereinigten Staaten, Genosse Meyer London, hat im Kongreß eine Resolution eingebracht, die die Bildung eines nationalen Versicherungsfonds fordert, um die Arbeiter gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter zu versichern. Es ist dies die erste derartige Maßnahme, welche im amerikanischen Repräsentantenhaus gefordert wird. Meyer London schlägt vor, seine Resolution einer Fünferkommission zu überweisen, die genauere Vorschläge ausarbeitet und darüber im September berichtet.

Die Resolution schlägt ferner vor, um die Lasten des Versicherungsfonds nicht zu sehr zu vermehren, daß durch Ausnutzung und Entwicklung der nationalen Hilfskräfte, wie der Wasserkräfte, der Bergwerksbetriebe, der Oelquellen, der Brachländer Arbeitsgelegenheit und Erwerbsmöglichkeit geschaffen werden. In der Erklärung zu seiner Resolution führte Genosse Meyer London aus: Ein Viertel bis ein Fünftel der Bevölkerung der Vereinigten Staaten sei zu dieser oder jener Zeit arbeitslos. Bei der Krise von 1907/08 gab es 6 Millionen Arbeitslose und 1913/14 war deren Zahl ebenso hoch. Nach dem Kriege werde eine der schlimmsten Krisen eintreten, die die Welt je gekannt habe und zwar infolge der Blindheit jener Leute, die die plötzliche Aufblähung in der Munitionsindustrie für eine wirkliche und allgemeine Prosperität halten. „Der Marktwert von Bonds, Aktien und anderen Papieren muß erschöpft werden und dann wird die Demoralisation der Industrie und weit verbreitete Arbeitslosigkeit als unvermeidliches Resultat der Erschöpfung kommen. Die Kommission zur Vorbereitung der Gesetzesvorschläge soll aus je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der organisierten Arbeiter mit dem Sekretär des Arbeitsamtes als Vorsitzenden bestehen. Meyer London schloß: „Es ist die Aufgabe der sozialistischen Bewegung überall, den Weg für humane Gesetzgebung zu weisen. Die Sozialisten sind heute vorbereitet, die Aufmerksamkeit des Landes auf die Notwendigkeit zu lenken, sich mit dem ganzen Problem der Arbeitslosigkeit zu befassen."

Gerichtszeitung.

Der Leihhausprozeß.

In dem Prozeß gegen die ehemaligen Direktoren des Preußischen Leihhauses erhielt gestern die Verhandlung durch die Vernehmung des Leo Schiffmann, den die beiden Angeklagten so gewaltigen Kredit gewährt haben, einen etwas lebhafteren Charakter.

Der Zeuge, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, war mit dickbauchigen Akten ausgerüstet, in denen er verblüffend gut Bescheid wußte. Gewissermaßen als Erklärung hierfür konnte die gelegentliche Bemerkung des Zeugen angesehen werden, daß er nun schon 39 Monate in Untersuchungshaft sitze. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Becker hielt es für zweckmäßig, ihn von vornherein darauf hinzuweisen, daß er Ausführungen und Darlegungen zu seiner eigenen Untersuchungssache nicht zu machen habe, sondern nur über seine Verbindungen mit dem Preußischen Leihhause bzw. mit den beiden Angeklagten Elkan und Zweig einige erforderliche Auskünfte geben solle. Der Zeuge gab diese Auskünfte mit einer gewissen überlegenen Sicherheit, die zeigte, daß ihm alle Einzelheiten der nun schon Jahre zurückliegenden finanziellen Transaktionen noch völlig gegenwärtig sind. Wo ihn einmal sein Erinnerungsvermögen im Stich ließ, da half er durch einen schnellen und sicheren Griff in das vor ihm ausgebreitete Aktenmaterial nach und berief sich auf diese oder jene beschlagnahmte und bei der Staatsanwaltschaft liegende Skripturenmappe — in einem Einzelfalle nannte er beispielsweise „Mappe 2896" —, um seine Angaben zu erhärten. — Staatsanwalt Dr. Messerschmidt, der in den ein großes Zimmer der Staatsanwaltschaft völlig ausfüllenden Schiffmannschen Akten sehr genau Bescheid weiß, vermochte in den Einzelfällen die Angaben des Schiffmann auf ihre Richtigkeit oder Unrichtigkeit sofort zu prüfen bzw. auch richtigzustellen. Was der Zeuge über sein allgemeines Verhältnis zum Preußischen Leihhause sagte, bestätigte die Tatsache, daß er mit dem Leihhause zweierlei Geschäfte gemacht hat: einerseits hat er auf Baustellen Baugelder erhalten, andererseits hat er bei dem Institut Hypotheken lombardiert und darauf Gelder empfangen. Das Baugeldergeschäft sei ganz in derselben Weise betrieben worden, wie es auch von anderen Banken gehandhabt werde. Die darüber in seinen Büchern gemachten Angaben aus den in Frage stehenden Jahren 1907 und 1908 seien richtig. Bei den Lombardgeschäften sei das Leihhaus für das ihm gewährte Geld stets mehr als gedeckt gewesen; sowohl für den ihm bis dahin gewährten Gesamtkredit als auch für einen zukünftigen Kredit. Interessant war die Tatsache, daß beim Leihhause eine Korrespondenz über die einzelnen Geschäfte nicht vorgefunden worden ist, da alle Sachen mündlich verhandelt wurden. Nach einer Bemerkung Schiffmanns ist beim Leihhause Jahre hindurch ein Kopierbuch überhaupt nicht vorhanden gewesen. Der Zeuge Schiffmann wurde dann speziell über zwei Fälle vernommen, in denen das Preußische Leihhaus die selbstschuldnerische Bürgschaft für Hypotheken übernommen hatte, die auf Grundstücke des Zeugen in Adlershof, Teltow und in Stahnsdorf eingetragen waren. Der Zeuge hatte hier unzählige Fragen des Vorsitzenden, des Staatsanwalts, der Rechtsanwälte Dr. Klee, Dr. Bendix und Dr. Großmann zu beantworten; auch der jetzige Direktor des Preußischen Leihhauses, Chodziesner und der Vorsitzende des Aufsichtsrats Heinrich Fränkel und der Sachverständige Petznick griffen wiederholt in die notwendigen buchtechnischen Erörterungen ein. Die Vernehmung Schiffmanns konnte noch nicht zu Ende geführt, sondern wird Sonnabend fortgesetzt werden, da die Sitzungen mit Rücksicht auf den kränklichen Zustand des Angeklagten Elkan nicht allzuweit ausgedehnt werden können. Der Vorsitzende bemerkte gelegentlich, daß der Gerichtshof noch 8 Wochen für diese Verhandlung Zeit habe, sich aber ernstlich bemühen werde, sie früher zu Ende zu bringen.

Aus aller Welt.

Minderwertiger Nahrungsmittelersatz.

Einen Einblick in die merkwürdigen Blüten, die im Nahrungsmittelhandel auftauchen, gewährt, wie offiziös mitgeteilt wird, eine Warnung des Polizeipräsidiums Frankfurt a. M. 1. Neuerdings sind in billigen Würsten, besonders Leberwurst, große Mengen unverdaulicher Stoffe festgestellt worden, Adern, Flechsen, Nackenband und ähnliche sehnige, unverdauliche Abfallstoffe des Großviehes. Solche Zusätze sind Verfälschungen im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes und also strafbar. 2. Ferner sind Salatölersatzmittel in den Verkehr gebracht worden unter den verschiedensten Phantasienamen; sie bestanden in allen zur Untersuchung gelangenden Fällen nur aus einem 98—99prozentigen wasserhaltigen, dünnen Pflanzenschleim, der mehr oder weniger gelb gefärbt und teilweise auch mit dem Konservierungsmittel Benzoesäure versetzt war. Der Kleinhandelspreis von 1,20 bis 1,60 M., sogar 2,60 M., steht in keinem Verhältnis zum Wert. Herstellern und Verkäufern droht Strafe nach § 5 der Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915. 3. Ein Butterersatzmittel, bezeichnet als „Vollmilchprodukt", „Brotaufstrich" usw. entpuppte sich als eine Mischung von saurem Milchquark mit Zucker und gelber Farbe. Der geforderte Preis, z. B. 2,20 M., ist übermäßig hoch, wollte man dieses Produkt als Halbfettkäse gelten lassen, so beträgt sein Höchstpreis 80 Pf.

Daß den Industrierittern, die diesen unverschämten Betrug an den Aermsten im Volke verüben, Strafe droht, ist schon richtig. Warum greifen aber die Staatsanwälte nicht von selbst ein? Dieser Schund wird ja öffentlich in Zeitungsinseraten angepriesen, das Zufassen ist also so leicht wie nur möglich. Wenn es aber nicht geschieht, dann haben die von Behörden erlassenen Warnungen eigentlich recht wenig Zweck.

Ein Mörder als Leiche aufgefunden. Wie wir seinerzeit mitteilten, hatte Anfang Februar der Arbeiter Paul Scholz in Breslau seine Braut, das Dienstmädchen Klare Haase erwürgt und die Leiche in einem Keller versteckt, wo sie erst am 14. Februar aufgefunden wurde. Nach dem Mörder wurde vergeblich gesucht. Am Mittwoch nachmittag ist nun dessen Leiche aus der Ohle gelandet. Es wird angenommen, daß sich Scholz kurz nach der Mordtat ertränkt hat.

Riesenbrände in amerikanischen Städten. In Nashville (Tennessee) sind 85 Häuserblocks des Wohnviertels im Werte von etwa sechs Millionen Dollar abgebrannt. — In Paris (Texas) beträgt der Schaden der schon gemeldeten Feuersbrunst etwa acht Millionen Dollar.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

E. F. 100. Wenn Sie durch die Vorlegung einer Steuerquittung den Beweis der Zahlung nicht erbringen können, so werden Sie sich durch die Weigerung zur Zahlung weitere Kosten verursachen. Sonst wird zur Pfändung geschritten. — **A. F. 20.** Die Eheleute können sich gegenseitig als alleinige Erben einsetzen und die Kinder als Nacherben ernennen. Anleitung zu solch einem Testament erhalten Sie bei uns in der Sprechstunde. — **G. K. 50.** Die Wirtin ist im Unrecht. Sie sind nur verpflichtet, am 1. April die Stube frei zu machen. Am 4. April müssen Sie die gesamte Wohnung geräumt haben. — **Albert 10.** Der Sohn bedarf dazu der Einwilligung des Regimentskommandeurs und muß eine Kaution von 150 M. stellen. Die Frau bekommt Unterstützung, wenn Bedürftigkeit bei ihr als vorliegend erachtet wird. — **A. J. 2000.** Zurzeit arbeitsverwendungsfähig. Wann Ihr Mann eingezogen wird, wissen wir nicht. Das liegt im Belieben der Militärbehörde. — **P. H. 100.** Die Unterstützung für das Kind wird bis zu seinem 15. Jahr gewährt; Sie müssen also der Steuerbehörde davon Mitteilung machen, wenn der Sohn das 15. Lebensjahr erreicht hat.

H. Sch. 22. Ja; Sie dürfen von außerhalb Butter nicht mehr beziehen. — **R. W. 15.** Den Antrag auf Extraunterstützung richten Sie schriftlich an die Steuerkasse, von der Sie Unterstützung beziehen. — **M. F. 21.** Stellen Sie den Antrag beim Kriegsministerium unter genauer Angabe der Personalien Ihres Mannes und Benennung des Gefangenenlagers. — **J. H. 10.** Die Rechtslage ist durch die ungewisse Adresse sehr unklar. Sie hätten längst vom Wirt eine Erklärung verlangen müssen. Dadurch, daß kein neuer schriftlicher Vertrag geschlossen ist, ist die Kündigung an sich nicht rechtswirksam. Wir neigen aber der Ansicht zu, daß die von Ihnen ausgesprochene Kündigung nicht zurückgenommen ist. Wir empfehlen Ihnen, durch eine Feststellungsklage beim Amtsgericht entscheiden zu lassen, ob der Vertrag gelöst ist — **Ka. 25.** Wenn der Rentenantrag bewilligt worden ist, muß die Auszahlung der Rente an Sie als Erben erfolgen. Wenden Sie sich an die Landesversicherungsanstalt. — **Einsegnung.** Zur Teilnahme am Konfirmationsunterricht können die Kinder auf keinen Fall gezwungen werden, nur zur Teilnahme am Religionsunterricht in der Schule. Für den Schulunterricht müssen Sie die Lehrbücher besorgen.

Robert 30. 1. Auch Anspruch auf staatliche Unterstützung besteht nicht absolut. Unterstützung wird nur gewährt, wenn Bedürftigkeit als vorliegend erachtet wird. 2. Ja, denn die Zahlung der Witwenrente hat mit der Gewährung der Unterstützung nichts zu tun. 3. Beschwerde könnten Sie ans Militärbureau des Magistrats, Klosterstraße 67, richten. Wenn Sie aber Arbeit und ausreichenden Verdienst haben, ist eine solche Beschwerde aussichtslos. — **M. F. 31.** Ja. — **A. W. 100.** 1. Geringerer Herzfehler; arbeitsverwendungsfähig. Sie können zum Oekonomiehandwerker oder Armierungssoldat eingezogen werden. 2. Die Differenz zwischen Unterstützung und Unterhaltungsgeld müssen Sie nachzahlen. — **Marie K. 999.** Adressieren Sie an den Magistrat zu Berlin. Eine nähere Adresse ist uns für dieses Ressort noch nicht bekannt. — **E. K.** 1. Eine Pfändungsgrenze für Unhaltsgelder gibt es nicht. Es richtet sich je nach persönlichen und familiären Verhältnissen, wie weit die Pfändung eintreten kann. Bei Ihrem angegebenen Verdienst werden Sie zur Zahlung von 10 M. Unterhaltsgeldern monatlich an die Mutter verpflichtet werden können. 2. Die Frau ist dazu nicht verpflichtet. Die Gütertrennung hat damit nichts zu tun. 3. Die Mindestgrenze für das steuerpflichtige Einkommen ist auch jetzt noch 900 Mark. 4. Wie unter 1. gesagt, wird Ihnen die Verpflichtung dazu auferlegt werden. Bei einer Klage müßten Sie noch die Prozeßkosten tragen.

A. Jandorf & Co.

Lebensmittel

Belle-Alliance-Strasse · Gr. Frankfurter Strasse · Brunnen-Strasse · Kottbuser Damm · Wilmersdorfer Strasse

Obst

Rhabarber ...... Bund **18** Pf.
Gr. Kochäpfel . Pfund **40** Pf.
Essäpfel .... Pfund **48** Pf.
Zitronen .. Dtzd. **60, 75** Pf.
Blut-Apfelsinen Dtz. **1.20**
Kranzfeigen ... Pfund **78** Pf.
Datteln .... Pfund **1.20**

Gemüse-Konserven

Stangenspargel 1/1 Dose **1.45**
Stangenspargel mittel 1/1 Dose **1.70**
Stangenspargel stark 1/1 Dose **1.85**
Stangenspargel sehr stark 1/1 Dose **1.95**
Stangenspargel extra stark 1/1 Dose **2.05**
Riesenspargel 1/1 Dose .. **2.10**

Heringe in Gelee, Dose **88** Pf.
Heringe in Tomaten, Dose **1.10**
Bismarck-Heringe Dose **1.10**
Bratheringe ...... Dose **1.10**

Räucherwaren

Sprotten .... 1/4 Pfund **55** Pf.
Sprottbücklinge 1/4 Pfd. **48** Pf.
Bücklinge .. Stück **10, 15** Pf.
Makrelenbücklinge Stck. **35** Pf.
Riesen-Lachshering St. **45** Pf.
Sardinen in Oel ...... Dose **75** Pf.
Sardinen in Tomaten Dose **48, 85** Pf.

Kunsthonig Pfund **42** Pf.
Gem. Marmelade leicht gefärbt, III. Sorte Pfund **50** Pf.
Salzheringe Stück **6, 12** Pf.
Pudding-Pulver gefärbt Paket **10, 12** Pf.
Rote Grütze gefärbt . Paket **15** Pf.
Saucen-Pulver Vanille, Paket **10** Pf.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 8. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Paul Böhme

Franzstr. 17,

infolge schwerer Verwundung im Lazarett gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 25. März, nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

209/9 **Der Vorstand.**

Brandenb. Maschinensetzerverein (V. d. D. B.) Sitz Berlin.

Als Opfer des Weltkrieges starb am 21. März infolge schwerer Verwundung unser lieber Kollege, der Linotypesetzer

Paul Böhme

im 24. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 25. März, nachmittags 4½ Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

282/18 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.

Frankfurter Viertel. Bez. 384 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Zimmerer

Oswald König

(Barnimstr. 15)

gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 25. März, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Barnimstr. 45, aus statt.

Görlitzer Viertel. Bezirk 153.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler

Hermann Böttcher

(Kottbuser Str. 2)

gestorben ist.

Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 26. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Simeons-Kirchhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Um rege Beteiligung ersucht

212/13 **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter - Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Autoführer

Otto Hirth

von der Firma Kandelhardt, Gitschiner Straße, am 22. März im Alter von 47 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. März, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Luisen-Kirchhofes, Bergmannstraße, aus statt.

63/4 **Die Bezirksverwaltung.**

Auf dem Felde der Ehre fiel am 19. März 1916 nach 14 Monate langen Kämpfen unser einziger, geliebter Sohn, der Landsturmmann 476b

Bruno Hiller

Ref.-Inf.-Regt. 47

im blühenden Alter von 27 Jahren.

Wenn einst die Krieger heimwärts kehren,
Und unser Kind ist nicht dabei,
Dann fließen bittere, heiße Tränen,
Und bricht uns fast das Herz entzwei.
Fern von der Heimat, Elternhaus,
Mit Liebe, Treue, Fleiß und Streben
War angefüllt dein ganzes Leben.

Die trauernden Eltern
Robert Hiller
und **Frau** geb. **Grabow.**

Nun, lieber Junge, schlaf in Ruh,
Frankreichs Erde deckt dich zu.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Zahlstelle Berlin.

Wir bringen unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege, der Zimmermann

Oswald König

(Brauerei Patzenhofer NO.)

am 21. März 1916 gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 25. März, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Barnimstr. 5 aus nach dem St. Georgen-Kirchhof in der Landsberger Allee statt. 42/9

Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiterverband.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Hermann Böttcher

Kottbuser Straße 2,

im Alter von 49 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Simeonsgemeinde am Mariendorfer Weg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

84/9 **Die Ortsverwaltung.**

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

Bevor's drängt

bitte ich den Einkauf zu besorgen

gut und **billig!**

Auswahlsendungen nach außerhalb gegen Anzahlung.

Passendes für stärkste Figuren in allen Abteilungen.

Reizende Kostüme aus Kammgarn, Seide, Tuch, Taffet, in den wunderbarsten Formen, Glockenschnitte, recht weite Röcke, in Blau, Grün, Weinrot, Kastanienbraun u. allen neuest. Farb., Orig.-Mod., Prachtstücke zu 150.- 120.- 95.- 70.- 50.- 36.- Solide Kostüme, auch für Backfische mit neusten Kragenformen 30,— 24,— 18,—

Koverkotmäntel

bezaubernde Formen, glatt, mit Steppereien Blusen, Pelerinen, Glocken mit auch ohne Seide, für stärkste auch kleinste Figuren, gediegene Stoffe zu 55,— 45,— 36,— 25,— 20,— 15,—

Schwarze Seidenmäntel für Frauen aus Taffet, weicher Seide, mit Rüschengarnierungen, entzückende neue Formen, auch für stärkste Figuren sowie kurze seidene Modelle 100,— 75,— 50,— 25,— 18,—

Angebote auch für Winter

Pelzmäntel, kurz u. lg 300.- 125.- 50.-
Sealplüschmäntel 75.-, m. Pelz 100.-
Seidenplüschmäntel 68.- 50.- 36.-
Astrachanmtl m. Plüschf. 56.- 34.- 25.-
Mollige Ulster 48.- 25.- 12½
Modellröcke Seid. u. Wolle 25.- 18.- 12.-
Garn Kleid., Taffet u. Wolle 75.- 50.- 25.-
Eins.-Kleid., Samt u. Wolle 45.- 32.- 18.-

Prachtvolle Gummimäntel in Blau, Grün, Mode, Braun, Lila, die besten Fabrikate, Glockenformen in Wolle, Popelin, Seide zu 58 — 42,— 35,— 28,— 22, 18,—. Imprägnierte Mäntel, Ersatz für Gummi in Wolle und Seide 45,— 36,— 27,— 15,—

I. Geschäft
Mohrenstrasse 37a
(Kolonnaden)

II. Geschäft
Gr. Frankfurter Str 113
(nahe Andreasstraße)

Sonntags geöffnet 12—2 Uhr.

Westmann.

Möbel-Beiser.

Lothringer Str. 67.

Trotz des Krieges billigste Preise bei grosser Auswahl.

Stube und Küche	Anzahl. von	2 Stuben u. Küche	Anzahl. von	2 Stuben und Küche	Anzahl. von
2 Bettstellen, 1 Küchenschr., 1 Kleiderschr., 1 Küchentisch, 1 Spiegel, 1 Küchenstuhl, 1 Tisch, 1 Küchenrch., 2 Stühle	**35** Mark an	nußbaum furniert: 1 Kleiderschr., 1 Sofa, 1 Wäschespd., 1 Tisch, 2 Bettstellen, 2 Stühle und 1 Trumeau, 1 farbige kompl. Küche	**65** Mark an	in Nußbaum u. mod. Ausführ.: 1 mod. Kleiderschr., 1 Trumeau, 1 mod. Vertiko, 1 Tisch, 4 Stühle, 2 engl. Bettstellen, 1 mod. komplette farbige Küche, 2 Matratzen u. Kissen, 1 Plüschsofa	**95** Mark an
Wochenrate **2.50 M.**		Wochenrate **4.00 M.**		Wochenrate **5.50 M**	

Mod. Schlaf-, Speise-, Wohn- u. Herrenzimmer :: Anzahl. von **80—120** M. an, Wochenrate **5** M.
Einzelne Möbelstücke, Wochenrate **1.00** Mark :: **Metall-Bettstellen.**
Farbige Küchen in grosser Auswahl. Anzahlung von **15** Mark an.
Sonntag von 12 bis 2 Uhr geöffnet!

Herren- und Damen-Garderobe

neueste Moden, beste Verarbeitung

Vollständige Wohnungs-Einrichtungen

sowie **einzelne**

Möbel auf Kredit

Mäßige Anzahlung — Geringe Raten.

Berlins ältestes Waren- und Möbel-Kredit-Haus

Julius Glogau

G. m. b. H.

Kottbuser Str. 28, Ecke Reichenberger Str.
direkt am Hochbahnhof
Kottbuser Tor.

Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde?

Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie

Bruchbandagen aller Art.

Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege

Pollmann, Bandagist

Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

Spezialarzt f. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen.

Dr. med. Karl Reinhardt. Institute:

Prinzenstr. 64 zwischen Dresdener und Annenstraße. Sprechst. 5—7, Sonntags 10—11.

Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr., Sprechst. ½11-2 u. ½6-½10 U. abds., Sonnt. 11-1.

Aufklärende 48 Seiten starke Broschüre gratis und postfrei in verschlossenem Kuvert.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Alkoholfr. Getränke
Franz Abraham
Hamb. Messina-u. Römertrank-Kell. C 25 Barleistr. 8a, Fernsp. Kgst. 12708

Bade-Anstalten
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 25.
Diana-Bad Koppenstr. 88 sämtliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 8.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Bäcker- u. Konditoreien
Br. Friedrich, Eisenbahnstr. 31.
A. Großkinsky, Boxhagenerst. 17.
Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow. Gegründet 1892.
F. Kiesewetter, Schivelbeinerstr. 16.
Felix Kynast, Dänenstr. 4.
G. Meier, Grünerweg 27.
Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 26.
Turban Filialen in allen Stadtteilen.
Emil Werk, Samariterstr. 8.
Otto Wolff, Treptow, Krüllst. 16
Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseest. 85a
Paul Zastrow, Stromstr. 33.

Bandagen, Gummiw.
R. Banke, Stralauer Str. 56.
E. Kraus, Kommandantenstr. 54.
A. E. Lange, Brunnenstr. 166

Drogen und Farben
Werder-Drogerie, Britz, Rudowerst. 5a.

Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen.
August Holtz 15 Detail-Geschäfte.
Herm. Kunert, Culmstr. 29
Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte
Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte
Schröter, R. 43 Verkaufsstellen 43
Uhly & Wolfram

Bierbrauerei., Bierhandlg.
Brauerei Bötzow empfiehlt Qualitätsbiere ersten Ranges.
Osw. Berliner Ur-Berliner, hell und dunkel
Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.
C. Habels Brauerei hell — Habelbräu — dunkel.
Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Spandauerberg-Brauerei
Weissbier, C. Breithaupt, Palisadenstr. 97 Tel. Kgst. 2051, 2052

Cigarrenfabriken
JUHL 250 GESCHÄFTE
J. Neumann 200 Niederlagen

Essigfabriken
Timner-Essig überall erhältlich!

Cacao, Schokolade, Confitüren
SAROTTI Kakao und Schokolade preiswert beliebt in jedem Haushalt.

Eisen, Stahlw., Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Rühlmann, P., Müllerst. 40b, E. Soest

Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck Inh.: Herm. Gerbsch Charlottenburg, Berlinerst. 68-69 Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gericke, Petersburgerstr. 31
Otto Kengel, Alte Jacobstr. 26.
Luebke, Joh. Rostockerstraße 43. Fleisch- u. Wurstfabr.
Paul Zwarg, Landsberg-Allee 156.

Hüte, Mützen, Pelzwaren
Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 46
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19

Herren- u. Knabengard.
J. Baer Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.
Fabisch & Co. Rosenthalerstr. 3. Eckhaus Linienstr
Leske & Slupecki, Schönh.-Allee 70a

Kolonialwaren
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.
Franz Richter, Malplaquetstr. 25/26

Kaffee-Rösterei
A. Zuntz sel. Wwe. Filialen und Niederlagen in allen Stadtteilen. Nur reelle Qualitäten
Anerkannt vorteilhafte Bezugsquelle **Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc.** Hamburger Kaffee-Importgeschäft **Emil Tengelmann**

Mehlhandlungen
Bethke, Georg, Knaueerstraße 44. Neukölln, Elbestr. 33, Kaiser-Friedr.-Str. 64, Weserstr. 159, Friedelstr 33 Treptow, Grätz-Straße 64.
Gaege, Otto Charlottenburg.
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 45.
F. W. Sichter Wrangelstr. 73 Ecke Cuvrystr.

Photogr. Apparate
M. Albrecht SO. Kottbuserstr. 3. auch Gelegenheitskf.
Photo-Jansen, Hauptstr. 23.

Kurz-, Weiß-, Wollw., Trikotag.
Hermann Meyer, Schivelbeinerst. 31.

Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26 Nähmaschinen
Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.

Optiker, Mechaniker
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Schubert, Carl, Nkln. Bergstr. 148

Schreibwaren
O. Prochnow, Nkln. Hermannstr. 44

Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Beling 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. Act.-Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Underberg Boonekamp SEMPER IDEM anerkannt bester Bitterlikör

Meierei C. Bolle A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit 98/103
Ältester und grösster Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb

Molkereien
„Schweizerhof", Meierei und Milchkuranstalt. Emdener Str. 46. Tel. II 2595.

Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 49

Versicherungen
„Deutschland" Berlin Arbeiterversicherung — Schützenstraße 3. Sterbekassenversicherg.

Wirtschaften, Etablissem.
Hackepeter Schöneberg Hauptstr. 139.
O. Robloff, Ufers. 1, Brauerei Königstadt
Original-Schultheiß-Ausschank Alexanderpl., Rich. Schloßnies.

Mahlsdorf
Frau A. Pagel, Kolonialwaren.

Mariendorf
H. Wagner, Kaiserstr. 11, Fleisch.-Wurstw

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus Groß-Berlin.

Stockung in der Kartoffelzufuhr.

Nachdem einige Tage hindurch eine dem Durchschnitt genügende Einfuhr von Kartoffeln nach Berlin erfolgt war, und somit die lange dauernde und Besorgnis erregende Knappheit in der Zufuhr überwunden schien, ist in den letzten Tagen wiederum ein starker Rückgang zu verzeichnen. So brachten die vier letzten Tage (von Dienstag, den 21. bis Freitag, den 24. März) im Durchschnitt 49 Wagen Kartoffeln, während der normale Tagesgebrauch 80 bis 90 Wagen beträgt. Es ist lebhaft zu wünschen, daß die Provinzen, auf deren Lieferung Berlin nach der Verfügung der Reichskartoffelstelle angewiesen ist, die Zuführung der Kartoffeln beschleunigen, damit nicht wieder ein Mangel eintritt. Aber auch darüber hinaus erscheint es unbedingt zweckmäßig und notwendig, noch weitere Mengen herbeizuschaffen, welche als Reserve zum wenigsten für eine kurze Frist aufbewahrt werden können, um für Stockungen im Bahnverkehr oder in der Anlieferung auf dem Lande infolge dringender anderweitiger Arbeiten der Landwirte gesichert zu sein.

Beurlaubungen vom Fortbildungsschulunterricht.

Aus dem Magistratsbureau wird uns mitgeteilt:

Es werden hier und da Klagen laut über Härten des Fortbildungsschulzwanges während der Kriegszeit erörtert.

Die Pflicht zum Fortbildungsschulbesuch besteht für alle jugendlichen männlichen und weiblichen Personen bis zum Ablauf des Halbjahres, in welchem sie das 17. Lebensjahr vollendet haben, sobald sie in einem kaufmännischen oder gewerblichen Betriebe beschäftigt werden. Gleichgültig ist dabei, ob sie gegen Entgelt oder ohne Entgelt, ob sie als Lehrling, Lehrmädchen, Volontär, Arbeiter, Laufbursche, Gehilfe, Verkäufer oder Verkäuferin usw. beschäftigt werden.

Von dieser Verpflichtung können die Jugendlichen auch während der Kriegszeit von der Fortbildungsschulverwaltung nicht befreit werden.

Lediglich in solchen Fällen, wo die Jugendlichen in den Betrieben mit dringenden Heereslieferungen beschäftigt werden, können zeitweilige Beurlaubungen stattfinden. Aber für diese Beurlaubungen sind von den zuständigen Ministern feste Grundsätze aufgestellt, und ob die Voraussetzungen für eine Beurlaubung vorliegen, entscheidet nicht einseitig die Fortbildungsschulverwaltung, sondern auch ein Vertreter der Militärbehörde. Die Antragsteller haben demnach die Gewähr, daß ihre Gesuche nicht nur vom Standpunkte der Schulverwaltung geprüft und entschieden werden. — Daß den Anträgen bisher in weitem Maße entsprochen worden ist, geht auch daraus hervor, daß das Kriegsministerium in einem neueren Erlasse Anlaß nimmt, die Fortbildungsschulverwaltungen zu ersuchen, die früher bewilligten langfristigen Beurlaubungen aufzuheben und nach den neuen Grundsätzen einer Nachprüfung zu unterziehen.

Darüber hinaus werden von der Schulverwaltung auch solche Urlaubsgesuche in der entgegenkommendsten Weise geprüft, wo die Jugendlichen die einzigen oder hauptsächlichen Ernährer der Familie sind, weil der Vater im Felde steht oder dergleichen.

Allerdings müssen die Betroffenen sich auch vergegenwärtigen, daß die Fortbildungsschule jetzt die doppelte Pflicht hat, an der gründlichen Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses mitzuarbeiten und dahin zu wirken, daß der Fortbestand der Schulen nicht in Frage gestellt wird, daß also Beurlaubungen nur aus ganz triftigen Gründen bewilligt werden können.

Der Schaden am Spreetunnel zwischen Jannowitz- und Waisenbrücke hat bisher noch nicht festgestellt werden können. Dies kann erst geschehen, wenn die eingedrungenen Wassermengen wieder entfernt sind. Mit dem Auspumpen kann aber erst begonnen werden, sobald die Spundwand, die in die Spree gesackt ist, wieder hergestellt worden ist. Die Ursache des Wassereinbruchs ist hauptsächlich, wie bei dem Bruch des Tunnels an der Straße Neu-Kölln am Wasser, in der Nachgiebigkeit der Flußsohle zu suchen. In dieser Sohle hat sich nämlich kurz vor der Anschlußstrecke des Tunnels am Brandenburger Ufer, und zwar auf der östlichen Seite des Tunnels ein Kolk gebildet. In diesen Kolk ist die Spundwand in einer Ausdehnung von 20 Meter versunken. Das Loch, das sich dort gebildet hat, wird jetzt mit Kahnladungen von Sand wieder ausgefüllt. Sobald der Kolk beseitigt ist, soll mit der Schließung der Spundwand und dem Auspumpen des Wassers begonnen werden. Man hofft Anfang April mit dieser Arbeit fertig zu werden. Dann wird sich auch der verursachte Schaden übersehen lassen.

Der Streit auf dem Hinterperron.

Der 42 Jahre alte Arbeiter Paul Müller aus der Boxhagener Straße 31 bestieg an der Prinz-Albrecht-Straße einen Wagen der Linie 77, um nach Hause zu fahren. Während der Fahrt geriet er mit einem Schutzmann, der ebenfalls auf der hinteren Plattform stand, wegen eines Kriegsgesprächs in Streit. Der Beamte ersuchte den Schaffner, Müller zur Ruhe zu verweisen. Als das nicht gelang, forderte der Schaffner den Fahrgast an der Haltestelle an der Ecke der Warschauer und Boxhagener Straße auf, den Wagen zu verlassen. Müller weigerte sich hartnäckig, und der Schaffner nahm jetzt die Hilfe des beschwerdeführenden Schutzmanns in Anspruch. Als nun Müller den Beamten bei dem Versuche, ihn vom Wagen zu entfernen, Widerstand leistete und ihn nach Meinung des Beamten tätlich angriff, versetzte dieser ihm einen Säbelhieb über den Arm. Der Verletzte wurde auf der nächsten Rettungswache verbunden und dann von zwei Beamten als Polizeigefangener nach der Charité gebracht.

Gebt acht auf die Butterkarte!

Vom Magistrat wird uns mitgeteilt, daß für eine verlorene Butterkarte bis auf weiteres eine Ersatzkarte nicht ausgegeben wird. Es liegt daher im Interesse eines jeden einzelnen, seine Butterkarte sorgfältig aufzubewahren. Irgendwelche Anträge auf Ausgabe einer Ersatzbutterkarte sind daher weder bei den Polizeirevieren noch bei dem Magistrat oder den einzelnen Brotkommissionen zu stellen, da sie doch nicht berücksichtigt werden können.

Zum ärztlichen Direktor am Urban-Krankenhause an Stelle des Herrn Geh. Rat Professor Dr. Fränkel wurde der dirigierende Arzt an diesem Krankenhause Professor Dr. Plehn gewählt.

Zur Warnung!

Wegen Betruges bei Bewerbung um die städtische Arbeitslosenunterstützung ist eine hiesige Einwohnerin vom Schöffengericht mit 14 Tagen Gefängnis bestraft worden.

Aus dem Landwehrkanal gelandet wurde am Gartenufer im Tiergarten die 69 Jahre alte Tischlermeisterswitwe Karoline Hoppe aus der Grimmstraße 6, die man seit Anfang Februar vermißte. Man fand bei ihr einen Abschiedsbrief an ihre Tochter, in dem sie mitteilt, daß sie freiwillig ins Wasser gegangen sei, aber nicht sagt, warum sie es getan hat. Der Beweggrund ist deshalb auch den Angehörigen ganz unbekannt. Die Frau lebte in guten Verhältnissen und erfreute sich in ihrem hohen Alter noch einer guten Gesundheit.

Heute ist kein Schulunterricht!

Unter Hinweis auf den Erfolg der Kriegsanleihe hat der Oberbefehlshaber in den Marken bestimmt, daß heute in Berlin und der Provinz Brandenburg die Schule ausfällt. Die Kinder sind beim Schulbeginn entsprechend zu belehren und sogleich zu entlassen.

Ein vielseitiger Schwindler, der manchen Unschuldigen in bösen Verdacht gebracht hat, ist trotz seiner Jugend der 18 Jahre alte „Arbeiter" Adolf Lehmann, der jetzt endlich entlarvt und festgenommen wurde. Lehmann nahm unter dem Namen irgend eines Altersgenossen, den er kannte, die verschiedensten Stellungen an, als Fensterputzer, Hausdiener usw. Mit Vorliebe suchte er Beschäftigung in Kientöppen. Ueberall war er so aufmerksam und fleißig, daß man ihm bald unbeschränktes Vertrauen schenkte. Darauf hatte er es auch abgesehen. Denn nur so fand er Gelegenheit zu Diebstählen, Unterschlagungen und Schwindeleien aller Art. Nach jedem Streiche, der der Kriminalpolizei angezeigt wurde, mußte auf den jungen Mann gefahndet werden, dessen Namen er geführt hatte Niemals aber traf auf diesen die Personalbeschreibung des Schwindlers und Diebes zu, die immer die gleiche war. An der Hand dieser hielten nun die Beamten Umschau unter den Bekannten der Verdächtigten, und so kam man endlich auf Lehmann, auf den alle Beschreibungen paßten. Er wurde verhaftet und legte denn auch ein Geständnis ab. Ueberall war er nur so lange geblieben, bis er mit der Kasse durchbrennen oder sonst etwas stehlen konnte. Die Ermittelungen ergaben weiter, daß er sich auch auf gefälschte Mietsverträge allerhand Sachen verschafft hatte, um sie gleich wieder zu verkaufen. Meistens führte er die Namen Wirt und Kleiber, wahrscheinlich hat er aber auch noch unter anderen falschen Namen sein Unwesen getrieben.

200 000 Mark für die Schulspeisung.

In der vorgestrigen geheimen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde die Magistratsvorlage über die Nachbewilligung von abermals 200 000 M. für die freie Mittagsspeisung, sogenannte Schulspeisung, bedürftiger Gemeindeschulkinder beraten. Die Versammlung hatte am 3. Februar d. J. bereits 300 000 M. für diesen Zweck nachbewilligt. In den ersten beiden Monaten d. J. war ein erheblicher Rückgang der beteiligten Kinder zu verzeichnen. Die bewilligten Mittel reichten aber nicht aus, weil auch dem Verein für Kindervolksküchen mit Rücksicht auf die Preissteigerung der Nahrungsmittel die Portion um 3 Pf. erhöht worden war. Dadurch waren bereits im Januar die Mittel überschritten. Die Versammlung erklärte sich mit der Nachbewilligung von 200 000 M. einverstanden.

Ein 14jähriger falscher Flüchtling ist in Lichtenberg aufgetreten. Dort treibt sich ein Junge umher, der sich Artur Schumann nennt. Er erzählt den Leuten, daß er vor den Russen aus Ostpreußen habe fliehen müssen und kein Unterkommen habe. Zur Bekräftigung zeigt er auch eine vernarbte Brandwunde am rechten Unterschenkel. Obwohl die Flucht der Ostpreußen nun schon lange zurück liegt, findet er immer noch Glauben. Mitleidige Leute nehmen ihn auf. Zum Dank dafür bestiehlt er sie bei der ersten Gelegenheit und verschwindet dann. Der junge Schwindler hat dunkles Haar und schwarze Augen und trägt einen blauen Jackettanzug, eine graue Sportmütze und schwarze Schnürstiefel.

Auf der Straße vom Tode überrascht wurde die 87 Jahre alte Korrespondentin Anna Wolf aus der Anzengruberstraße 28 zu Neukölln. Sie brach vor dem Hause Bergstraße 84a auf dem Bürgersteige plötzlich zusammen und verschied auf der Stelle, wahrscheinlich am Herzschlag.

Aus den Gemeinden.

Burgfriedliche Wahlen in Tempelhof.

Vor einigen Tagen berichteten wir, daß allem Anschein nach die bürgerlichen Parteien für das als ungültig erklärte Mandat des Genossen Ewald keine burgfriedliche Wahl vornehmen wollten. In letzter Stunde ist nun über die Besetzung dieses Mandats doch noch eine Einigung erzielt worden. Von der Sozialdemokratie ist wieder Genosse Ewald aufgestellt, aber vereinbart worden, daß der Bezirk sogleich nach Beendigung des Krieges zur Neuwahl schreiten muß.

Die Wahlen für die 3. Abteilung finden bekanntlich am nächsten Sonntag von 11—2 Uhr statt. Es ist vor allem eine rege Propaganda für die Wahl zu entfalten. Die Steuerkarte ist als Legitimation mitzubringen.

Der 2. Wahlbezirk umfaßt den östlich der Berliner Straße und nördlich der Albrecht-, Teil- und Bergholzstraße von Straßenmitte gerechnet, belegenen Ortsteil. Wahllokal: Restaurant Pfeiffer, Dorfstr. 20. Kandidat: Genosse Gastwirt Martin Müller.

Der 3. Bezirk umfaßt den westlich der Berliner Straße und südlich der Albrechtstraße, von Straßenmitte gerechnet, belegenen Ortsteil. Wahllokal: Restaurant Martin, Berliner Str. 92. Kandidat: Genosse Klempnermeister Louis Franz.

Der 4. Bezirk umfaßt den östlich von der Berliner Straße und südlich der Albrechtstraße, Teilestraße und Bergholzstraße, von Straßenmitte gerechnet, belegenen Ortsteil. Wahllokal: Restaurant Boock, Moltkestr. 15. Kandidat: Schriftsetzer Oskar Ewald

Gemeindevertreterwahlen.

Schönow bei Zepernick. Sonntag, den 26. März, findet im Gasthof von Otto Schulze Gemeindevertreterwahl statt und zwar wählt die dritte Klasse nachmittags von 2—4 Uhr. Kandidat ist Lagerhalter Paul Mende. Die zweite Klasse wählt von 4 bis 5 Uhr. Kandidat: Otto Dammann.

Die Wähler werden ersucht, vollzählig und pünktlich zur Wahl zu erscheinen.

Städtischer Eierverkauf in Charlottenburg.

Da die Zufuhr an Eiern nachgelassen hat, werden in Charlottenburg in den städtischen Eierverkaufsstellen an den einzelnen Käufer wöchentlich nur einmal höchstens 5 Eier abgegeben, und zwar gegen Vorzeigung der städtischen Lebensmittelkarte. Die Eierverkaufsstellen erhalten die Eier regelmäßig Dienstags oder Freitags, so daß in allen Verkaufsstellen zugleich Mittwoch oder Sonnabend früh mit dem Verkauf begonnen wird.

Keine Einkommensteuererhöhung in Ober-Schöneweide.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde der Etat für 1916 verabschiedet und beschlossen, den Gemeindesteuerzuschlag bei 145 Proz. zu belassen; die Gewerbesteuer dagegen wurde in der ersten Klasse auf 325 Proz. hinaufgesetzt.

Lebensmittelverkauf der Gemeinde Steglitz.

In der Verkaufsstelle der Gemeinde, Kieler Str. 7, kommen an den fleischlosen Tagen frische Seefische zum Verkauf. Ferner wird voraussichtlich vom Sonnabend ab von der Gemeinde beschafftes Schweinefleisch durch die Schlächter zum Verkauf gelangen. Die betreffenden Läden werden durch rote Plakate kenntlich gemacht.

Abgabe von Saatkartoffeln in Rahnsdorf.

Der Anbau von „Kriegskartoffeln" ist in der Gemeinde auch in diesem Jahre wieder in umfassendem Maße in die Wege geleitet worden. Die Annahme von Bestellungen auf Saatkartoffeln, die schriftlich an den Gemeindeverordneten Braam, Rahnsdorf-Mühle, Forststr. 14, zu richten sind, kann nur noch bis zum 31. d. M. erfolgen.

Parteiveranstaltungen.

Steglitz. Dienstag, den 28. März 1916, findet im Lokal von Schellhase, Steglitz, Ahornstraße 15a, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Beginn 8½ Uhr. Tagesordnung: Jahresbericht, Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre, Maifeier, Verschiedenes.

Neuenhagen. Sonntag, den 26. März 1916, abends 7½ Uhr, findet im Lokal von Hätscher, Dorfstr. 12, ein Lichtbildervortrag statt. Zum Vortrag gelangt: Ein Besuch der Kriegsschauplätze in Ostpreußen. Um zahlreichen Besuch ersucht der Bildungsausschuß. Eintritt 30 Pf., Kinder 15 Pf.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 26. März, vorm. 10 Uhr: Feier der Jugendweihe im Festsaal des Berliner Stadthauses, Eingang Jüdenstraße (an der Stralauer Str.). Festrede Herr Ernst Däumig: „Lebensprobleme." Eintritt für Erwachsene 20 Pf., für Kinder 10 Pf.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Veränderlich, vorwiegend trübe mit wiederholten Niederschlägen; nach vorübergehender Erwärmung von Nordwesten nach Südosten fortschreitende neue Abkühlung.

MÖBEL
Bar oder Teilzahlung
kauft jedermann
billig — reell — kulant
bei
Neugebauer, Charlottenburg
Wilmersdorfer Str. 128 I, Ecke Schillerstraße.

Den Genossen im Felde
ist es Bedürfnis, über das politische und organisatorische Leben in der Heimat stets unterrichtet zu sein. Darum sendet ihnen regelmäßig
die Neuerscheinungen
der parteigenössischen Literatur des Krieges. Sie sind zu beziehen durch die Zeitungsausträger oder direkt durch die
BUCHHANDLUNG VORWÄRTS
BERLIN SW. 68, Lindenstraße 3

Wichtig für Herren!
Während des Krieges
gibt Erste Herrenkleiderfabrik
Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß
im Einzelverkauf
vom grossen Fabriklager ab.
Verkaufszeit 10—6. Sonnabends 10—8. Sonntags 12—2.
Molkenmarkt 7/8 IV. Fahrstuhl.

Bezugsquellen-Verzeichnis
:: Berlin-Süden ::
Erscheint wöchentlich einmal
Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Allgemein.-Versch. — R. Schellenberger, Café u. Condit., Neukölln, Bergstraße 20/21.
Bäcker- u. Konditoreien — Bäckerei Nordstern, Inh. Gust. Müller, Filialen im Süden, Osten u. Umgebung.
F. Klatt, Neukölln, Wissmannstraße 46.
F. Radloff, Nkln., Allerstr. 37, Anerkanntest. Kuchen.
Bettfedern — Berta Pfeffer, Wiener Str. 17
Fahrräder, Nähmaschinen — H. Scheller & Co., Berlinerstr. 58, Spez.: Fahrrad., Zubehör alle billigst
Fleisch- u. Wurstwar. — H. Kunert, Prinzenstr. 13, ff. Fleisch- u. Wurstwar.
Heinr. Matzker, Hermannstr. 233
Paul Müller, Friesenstr. 22.
G. Hegber, Baringgarten 16, ff. Fleischw. u. Aufschn.
Molkdls., Kolonialw. — Joh. Pietsch, Gneisenaust. 97
A. Schleinitz, Mariannenst. 14
Kaffee-Versand Gerold Kaffee
Bei gemeinsamem Bezug Preisermäßigung
Berlin, Lützowstr. 94
Verlang. Sie Preisliste
Kolonialwaren, Delikat. — A. Lehmann, Britz, Chausseest. 75.
Weine, Fruchtsäfte, Likör. — E. & M. Leydicke, Manteuffelstr. 56
Seifen — Greffenius, Mariendorf, Chausseestr. 79.
Uhren, Goldwaren — H. Fensko, Kottbus. Damm 90. Streng reell, anerkannt bill.
Ober-Schöneweide — Gebhardt, Schlächterei, Wilhelminenhof. St. 41.
Neukölln — C. Dittmann, Berlinerstr. 48, Wild — Geflügel — Fische.
Treptow — Feine Fleisch- und Wurstwar. Willi Kärnbach, Grätzstr. 19/20, Tel. Mpl. 10043

Die beste Reklame ist ein Inserat im Bezugsquellen-Verzeichnis

Preiswertes Angebot Zum Umzug

Federn. Betten. Bettwäsche.

Inlettdeckbetten, glattrot u. gestreift, federdicht	8,00	7,75	6,50
Inlettkissen, glattrot u. gestreift, federdicht . . .	2,73	2,25	1,50
Inlett m. Oberbett, glattrot u. gestreift federdicht	8,00	6,50	5,95
Bett-Garnitur: großer Bezug 4,95		Kissen	1,25
Bett-Garnitur: Dimiti-Bezug 6,50		Kissen	1,50
Bett-Garnitur: Damast-Bezug 6,50		Kissen	1,50

Weisse Gänsefedern, vollfüllend . . . Pfund	4,25	3,95	3,25
Graue Bettfedern, vollfüllend . . . . . . Pfund	1,65	1,20	1,00
Stubenhandtücher, Damast . . . . . . ½ Dtzd.	6,00	5,25	4,25
Einzelne Deckbetten	5,95	4,85	3 95
Einzelne Kopfkissen	1,75	1,45	1,25
Bett-Laken, volle Grösse, Dowlas	2,55	2,45	1,95
Rolltücher, gute Qualität . . . . Stück	1,80	1,45	1,10

Gardinen. Portieren. Teppiche. Bettdecken.

Tüll-Gardinen, Stückware	75 Pf.	65 Pf.	48 Pf.
Tüll-Gardinen, Stückware	1,10	95 Pf.	85 Pf.
Tüll-Gardinen, 2 Flügel	4,05	3,75	2,25
Tüll-Gardinen, 2 Flügel	7,50	6,75	5,50
Tüll-Künstler-Garnitur, 2 Flügel, 1 Querbehang	5,75	4,95	3,75
Tüll-Künstler-Garnitur, 2 Flügel, 1 Querbehang	8,50	7,75	6,50
Madras-Garnituren, neueste Muster, 2 Flügel, 1 Querbehang	8,75	7,80	6,75
Scheiben-Gardinen, Stückware . . . Meter	60,—	45,—	32 Pf.
Fenster-Vorhänge, 1- u. 2teilig	3,50	2,75	1,95
Gardinenstangen, einfach	95 Pf.	75 Pf.	55 Pf.
Gardinenstangen, verstellbar		1,80	1,20

Tischdecke, Filztuch, bekurbelt	4,75	3,80	2,75
Tischdecke, Kochelleinen	6,50	5,25	4,75
Plüschdecke, gepreßt und bekurbelt	8,83	6,25	5,75
Steppdecke, rot und oliv	6,50	5,75	4,25
Steppdecke, Handarbeit	11,70	10,50	9,75
Diwandecken, neueste Muster	7,25	5,50	4,25
Diwandecken, moderne Persermuster	13,75	11,50	9,75
Diwandecken, Mokette	24,75	19,50	16,75

Grosser Posten

Plüsch-Tischdecken, gepreßt . . . . Stück 5,75

Stores, Tüll neue Muster	2,25	2,75	1,95
Stores, Erbstüll, mit Volant	7,50	5,25	4,75
Bettdecken, Tüll, einbettig	4,75	3,90	2,95
Bettdecken, Tüll, zweibettig	7,75	6,50	5,25
Bettdecken, Erbstüll mit Volant, einbettig . . .	6,50	5,75	4,25
Bettdecken, Erbstüll mit Volant, zweibettig . .	11,25	9,50	7,75
Vorhangstoff, Damast, 130 cm breit	1,45	1,35	1,15

Teppiche.	200/300	160/240	130/200
Prima Tapestry	29,75	21,50	12,75
Prima Velours	36,75	26,50	15,75
Teppich-Läuferstoffe . . . . . Meter	3,25	2,75	2,25
Läuferstoffe, grosse Auswahl	1,25	95	75 Pf.

Beachten Sie meine grosse Auswahl **Frühjahrs-Neuheiten** in **Damen-Konfektion u. Putz, Kleiderstoffe!**

Berlin W Großgörschenstr. 1

Kaufhaus Wilhelm Joseph

Schöneberg Hauptstr. 1.

Sommer-Ueberzieher von **27** bis **65** Mk.

Sport-Paletots von 42 bis 70 Mk.

M. Schulmeister

Berlin SO, Dresdener Str. 4

Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Jackett- u. Rock-Anzüge von **25** bis **68** Mk.

Trotz steigender Teuerung der Stoffe halte ich die billigen Preise aufrecht.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

Centrum: Albert Hahnisch, Ackerstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11—1½, und von 4½—7 Uhr.

2. Wahlkreis: S. und SW.: Gustav Schmidt, Bärwaldstr. 42, an der Gneisenaustraße. Geöffnet von 11—1½, und von 4½—7 Uhr.

3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11—1½, und von 4½—7 Uhr.

4. Wahlkreis: Osten: Robert Dengels, Markusstr. 36. Geöffnet von 11—1½, und von 4½—7 Uhr. — Karl Melle, Petersburgerplatz 4. (Laden). Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.

4. Wahlkreis. Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15. Geöffnet von 11—1½, und von 4½—7 Uhr.

5. Wahlkreis: Leo Zucht, Immanuelkirchstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11—1½, und von 4½—7 Uhr.

6. Wahlkreis (Moabit): Salomon Joseph, Wilhelmshavener Straße 48. Geöffnet von 11—1½, und von 4½—7 Uhr.

Wedding: A. Hönisch, Müllerstr. 34a Ecke Utrechter Str., Laden Geöffnet von 11—1½, und von 4½—7 Uhr.

Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: A. Wolgast Malplaquetstraße 9. Geöffnet von 11—1½, und von 4½—7 Uhr.

Gesundbrunnen: Fischer, Bastianstr. 6, Laden. Geöffnet von 11—1½, und von 4½—7 Uhr.

Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Greifenhagener Str. 22. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.

Adlershof: Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Alt-Glienicke, Falkenberg: Wilhelm Dürre, Köpenicker Str. 6.

Baumschulenweg: H. Hornig, Marienthaler Str. 13, I.

Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönow, Schönbrück und Buch: Heinrich Brose, Mühlenstr. 5. Laden.

Bohnsdorf: Paul Gensch, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies".

Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Sesenheimer Str. 1. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.

Eichwalde, Schmöckwitz: Oskar Mahle, Bismarckstr. 4.

Erkner, Neu-Zittau: Gubela, Waldstr. 11.

Fredersdorf-Petershagen, Eggersdorf: Uffenwasser, Petershagen.

Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: H. Bernsee, Alsenstr. 5 in Steglitz. Geöffnet von 11—1½, und von 4½—7 Uhr.

Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche-Kl.-Schönebeck: Ernst Werkmann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.

Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.

Johannisthal, Rudow: Max Gonschur, Parkstr. 23

Karlshorst: Hermann Billing, Dönhoffstr. 28.

Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme: Friedrich Baumann, Luckenwalder Straße 5.

Köpenick: Emil Bizler, Kietzerstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.

Lichtenberg I, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifel, Wartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.

Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56. Geöffnet von 11—1½, und von 4½—7 Uhr.

Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: P. Hetzberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.

Mariendorf, Marienfelde: August Leid, Chausseestr. 29.

Neuenhagen, Hoppegarten: Woiszckowski, Schmidtstraße 20.

Neukölln: M. Heinrich, Neckarstr. 2, im Laden. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr; Neukölln, Britz: Rohr, Siegfriedstraße 28/29. Geöffnet von 11—1½, und von 4½—7 Uhr.

Nieder-Schöneweide: Wilhelm Unruh, Brückenstr. 10, II.

Nowawes: Karl Krohnberg, Friedrichkirchplatz 27.

Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17, Laden Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Ritzmann, Mühlenstr. 30. Geöffnet von 11—1½, und von 4½—7 Uhr.

Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: P. Gursch, Provinzstr. 56, Laden. Geöffnet v. 11—1½, u. 4½—7 Uhr.

Schenkendorf b. Königs-Wusterhausen: Chr. Hantschke, Dorfstr. 10.

Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 60, im Laden Geöffnet von 11—1½, und von 4½—7 Uhr.

Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seegefeld und Falkenhagen: Schumacher, Breitestr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10. Geöffnet von 11—1½, u. von 4½—7 Uhr.

Teltow: Lenschner, Havelstr. 2.

Tempelhof: Joh. Krohn, Borussiastr. 62.

Treptow: Rob. Gramenz, Kiefholzstraße 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Weißensee, Heinersdorf: Gust. Rotzkopf, Berliner Allee 11.

Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.

Zeuthen, Miersdorf: Wilh. Schulz, Zeuthen, Ziethenstr. 16.

Zossen: Rönnebeck, Stubenrauchstr. 27.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert

Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

Ein wertvolles Hausbuch für jede Arbeiterfamilie!

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält ein zerlegbares Modell, viele Illustrationen und präsentiert sich in einem schmucken Einband.

Behandelt werden folgende Gebiete:

Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller. — Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. — Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschlaff. — Der Achtstundentag. Von Dr. Zadek. — Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich. — Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. — Geschlechtsverkehr und Geschlechts-Krankheiten. Von Dr. Gebert. — Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes. — Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein. — Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein. — Vom medizinischen Aberglauben. Von Dr. E. Thesing. — Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. — Verhütung und Heilung des Stotterns. Von L. Jordan. — Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Markuse. — Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Rewald. — Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. - Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein. — Die Krankenpflege im Hause. Von Johann Ranker-Mannheim. — Die Proletarierkrankheit. Von Dr. J. Zadek.

Buchhandlung Vorwärts Berlin

Unterzeichneter bestellt:

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

geb. zum Preise von 4,50 M.

Name: ______________

Wohnung: ______________

Wir bitten deutlich zu schreiben!

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.